

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 215.

Montag, den 14. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der kleine Befähigungsnachweis.

Mit dem 1. Oktober tritt eine in bezug auf die Lehrlingshaltung sehr wesentliche Änderung der Gewerbeordnung in Kraft, mit welcher vertraut zu sein ebensoviele im Interesse der Handwerker, wie auch in dem der Eltern liegt, die ihre Kinder dem Handwerk zuführen wollen. Von diesem Zeitpunkt an darf nämlich nur derjenige Handwerksmeister Lehrlinge ausbilden, der vorher die Gesellen- und die Meisterprüfung abgelegt hatte. Welch einen Rückschritt dieser sogenannte kleine Befähigungsnachweis bedeutet, erkennt man, wenn man sich der Kämpfe erinnert, die um seine nunmehr von den Zünftlern erreichte Einführung ausgefochten wurden.

Nach mehreren erfolglosen Vorstößen der Zünftler ging im Jahre 1897 dem Reichstag eine neue umfangreiche Handwerker-Vorlage zu, welche Zwangsinnungen, Innungsschiedsgerichte, Innungskrankenkassen, Innungsausschüsse, Innungsverbände und Handwerkskammern enthielt. Den Befähigungsnachweis aber und damit die Aufhebung der Gewerbebefreiung enthielt die Vorlage nicht. In der vom Reichstag zur Vorberatung eingesetzten Kommission, die unter dem Vorsitz des Abg. Wassermann tagte, versuchten die Zünftler, die von dem Handwerkertag vorher gewünschten Änderungen der Vorlage durchzusetzen, was ihnen unter dem Widerspruch der Regierung in einigen Punkten auch gelang. So beschloß die Kommission, daß Zwangsinnungen auch entgegen dem Widerspruch der Mehrheit der Handwerker in einem Gewerbe und Bezirk durch die obere Verwaltungsbehörde gebildet werden können, und daß das Halten von Lehrlingen nur solchen Handwerksmeistern zugestanden werden sollte, die das Recht haben, den Meisterstitel zu führen. Von den Regierungsvertretern war dagegen eingewendet worden, daß man mit der in Preußen vor Einführung der allgemeinen Gewerbeordnung bestehenden obligatorischen Meisterprüfung keine guten Erfahrungen gemacht habe; auch sei kein Grund vorhanden, die Lehrlingshaltung zu erschweren, denn nach den von der Regierung veranstalteten Erhebungen hielten von rund 61000 Meistern nur 14000 Lehrlinge. Die Regierungsvertreter legten besonders Wert darauf, die von der Linken geäußerte Befürchtung, als ob die Vorlage bereits eine Etappe auf dem Wege zum Befähigungsnachweis sei, entschieden zurückzuweisen. Auch der Antrag, wonach die Zulassung der Meisterprüfung von einer vorausgegangenen dreijährigen Gesellenzeit abhängig gemacht werden sollte, wurde von der Regierung bekämpft und auf das Überflüssige einer solchen Bestimmung verwiesen. Der Erfolg war, daß diese Kommissionsanträge in der zweiten Beratung im Plenum des Reichstags gestrichen wurden.

Seit der Zeit hat die wirtschaftliche Entwicklung ungeheure Fortschritte gemacht, ganz neue Industrien sind entstanden, und die Teilung der Arbeit hat auch im Handwerk an Ausdehnung gewonnen. Aber gerade in dieser Zeit des allgemeinen technischen Aufschwungs hielt es die deutsche Regierung für angebracht, den zünftlerischen Bestrebungen in einer seit Einführung der Gewerbebefreiung noch nicht dagewesenen Weise entgegenzukommen, indem sie in der nunmehr Gesetz gewordenen Vorlage bestimmte, daß das Halten von Lehrlingen allgemein nur solchen Personen zusteht, die eine Meisterprüfung bestanden haben, und weiter, daß zur Meisterprüfung nur zugelassen wird, wer eine Gesellenprüfung bestanden hat, und daß zwischen der Ablegung der Gesellenprüfung und der Zulassung zur Meisterprüfung ein Zeitraum von mindestens drei Jahren liegen müsse.

Es wird hier also das Halten von Lehrlingen von der Absolvierung zweier Prüfungen abhängig gemacht, die zeitlich mindestens 3 Jahre auseinander liegen müssen. Da die Ablegung der Gesellenprüfung natürlich leichter sein muß, als die der Meisterprüfung, so bedeutet sie nichts anderes als den Nachweis, daß der sich zur Meisterprüfung Meldende vor 3 Jahren in seinem Handwerk weniger geleistet hat, als er jetzt zu leisten sich bereit erklärt. Will man die Lehrfähigkeit eines Meisters nach seiner technischen Leistungsfähigkeit beurteilen, so muß der Nachweis dieser Leistungsfähigkeit genügen. Diesen vernünftigen Standpunkt hat die Reichsregierung auch noch im Jahre 1897 eingenommen und hat bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle erklärt, daß die Einführung von zwei Prüfungen in keinem Verhältnis zu dem angestrebten Zwecke stehe und um so unverständlicher erscheine, als selbst die Lehrer an den höheren Lehranstalten auch nur eine Prüfung abzulegen haben.

Die Reichstagskommission, welche die Gesetzesvorlage zu beraten hatte, war in ihren Forderungen noch weiter gegangen und hatte auf Antrag des konservativen Abgeordneten Makewitz, eines Stettiner Buchdruckereibesizers, beschlossen, daß, wer sich Geselle oder Gehilfe nenne, ohne

die Gesellenprüfung abgelegt zu haben, bis zu 150 Mk. und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft werden solle. Den Bemühungen der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission gelang es, nachdem sich auch der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg entschieden dagegen ausgesprochen hatte, daß jemand mit Strafe belegt wird, der weder irgend einem seiner Mitmenschen, noch der Allgemeinheit einen Schaden zugefügt hat, diese lächerlich dumme Bestimmung in der zweiten Lesung auszumergen. Die zünftlerischen Handwerker in der Kommission, der Bäckermeister Kleberg, der Schneidermeister Euler und der Kirchenmaler Trl, erklärten ausdrücklich, daß sie nur deshalb gegen die Aufhebung der in der ersten Lesung gefaßten Beschlüsse jetzt nicht opponierten, um nicht das Gesetz zu gefährden; sie ständen nach wie vor auf dem früher eingenommenen Standpunkt und würden auch weiter wirken, daß nicht nur der Gesellentitel geschickt, sondern daß auch dem kleinen Befähigungsnachweis der allgemeine Befähigungsnachweis bald folgen möge.

Das bedeutet, daß der mit dem 1. Oktober erfolgenden Beschränkung in der Lehrlingsausbildung auf die Zunftmeister diese sich auch die Konkurrenz durch Anfänger möglichst vom Halbe halten wollen, indem sie ihnen die Etablierung erschweren. Die Behauptung, daß durch den Befähigungsnachweis die Psuscharbeit beschränkt und das Handwerk zu einer höheren Stufe der Vollkommenheit emporgehoben werde, dient nur als Verhöhnung für die zünftlerischen Bestrebungen, die auf die Aufhebung der Gewerbebefreiung hinauslaufen. Wie die von Bülow betriebene sogenannte liberale Blockpolitik die bürgerlich-liberalen Parteien korrumpiert, dafür ist außerordentlich kennzeichnend die Tatsache, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft — also Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei — geschlossen für die Einführung des kleinen Befähigungsnachweises gestimmt hat. Eugen Richter nannte 11 Jahre früher den Versuch, durch Zwangsinnungen, Befähigungsnachweis usw. das Handwerk gegenüber der Großindustrie konkurrenzfähig zu machen, die „Organisation der Konfusion“.

Daß es übrigens bei der Lehrlingsausbildung weniger darauf ankommt, was der Meister gegebenenfalls in seinem Handwerk zu leisten vermag, sondern darauf, was in seinem Betriebe wirklich geleistet wird, das heißt, welche Arbeiten angefertigt werden, ist für jeden Praktiker ohne weiteres klar. Und wenn der Meister noch so lüchlig ist und der Lehrling kann sich nicht an besseren Arbeiten üben, so muß seine Ausbildung mehr leiden, als wenn das Verhältnis umgekehrt ist. Das weiß die Reichsregierung natürlich auch, aber sie gibt den Zünftlern nach, um sie nicht blockieren zu machen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Bülow mag nicht.

Fürst Bülow ist anscheinend nicht so rasch bereit, seinen Frieden mit dem Zentrum zu schließen. Die ihm nahe stehende Presse teilt als Antwort auf den Anbiederungsversuch des Zentrums mit:

„Persönlich hat sich der Fürst, wie wir aus seiner nächsten Umgebung erfahren haben, jederzeit dahin ausgesprochen, daß er nicht mehr mit dem Zentrum zusammenarbeiten wolle. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß er seine Meinung geändert habe.“

Diese Note ist an die Adresse des Liberalismus gerichtet, der auch in der Tat bereits wieder in den über schwänglichsten Hoffnungen schwelgt. Daß Bülow über Nacht mit dem Zentrum Frieden schließt, hat kein Mensch erwartet. Wenn aber jetzt der Freisinn ganz besonders nicht bedingungslos einschwenkt, dann kann Bülow sagen, daß er gezwungen sei, sich nach einem anderen Bundesgenossen umzusehen und das kann eben nur das Zentrum sein. Bülow hat im Reichstag erklärt, er sei kein Konsequenzmacher, daß er nun plötzlich dem Zentrum gegenüber Konsequenz zeigen sollte, das glaubt der stärkste Mann nicht.

Die Reichstagswahl im zweiten Braunschweiger Wahlkreise

hat ein endgültiges Resultat noch nicht gezeitigt. Es muß, wie wir erwartet haben, eine Stichwahl zwischen unserem Genossen Rieke und Herrn Kleye stattfinden. Genosse Rieke erhielt 7235, Kleye 11397 und Dedekind 5953 Stimmen. 1907 hatte Rieke 7998, v. Kaufmann (Kleyepartei) 14122, Dedekind 4876 und Erzberger (Zentrum) 472 Stimmen. Während im vorigen Jahre insgesamt 27492 Stimmen abgegeben wurden, verringerte sich die Stimmenzahl trotz der äußerst regen Agitation aller Parteien auf 24585. Das ist das Ergebnis, wie es bei allen Nachwahlen zu beobachten ist. Zugewonnen haben nur die für Herrn Dedekind abgegebenen Stimmen

und zwar infolge der geradezu wüsten Agitation, die von den Kleyemännern getrieben worden ist. Die Welsen haben 1077 Stimmen zu-, die internationalen Michmaschparteien um 2725 abgenommen. Das ist der Erfolg der Tätigkeit der Reichsverbandsagenten und der fast durchweg dem Reichsverbände angehörenden Kleyeagitatoren. Doch auch die Stimmen für unsere Partei haben um 763 abgenommen, was wohl der schwächeren Beteiligung der Wähler an der Nachwahl und besonders der Krise zuzuschreiben ist.

Das Kolonialamt auf Reisen.

Dernburg schwimmt der Heimat zu, Unterstaatssekretär von Lindquist segelt nach Afrika, und der Rat im Kolonialamt Gerstemeier reist dieser Tage nach England, um die englischen Rechts- und Kolonialverhältnisse zu studieren. — Man fällt bei uns von einem Extrem in das andere. Früher kannten die Leiter der Kolonien die ihnen unterstellten Gebiete kaum auf der Landkarte, jetzt scheinen sie von einer völligen Reiserut ergriffen zu sein, und jeder bringt Pläne mit, die enormes Geld kosten.

Geld für die Kolonien!

Der Amsterdamer Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ hat den heimkehrenden Kolonialdirektor Dernburg bei seiner Landung in Amsterdam über seine südwestafrikanischen Erfahrungen befragt. Dernburg hat dem Frager geantwortet:

„Sie fragen mich über meine Eindrücke von Deutsch-Südwestafrika. Ich kann Ihnen darauf nicht mit einem Satze antworten. Die Fragen sind sehr komplex und die Ausgleichung der verschiedenartigen Interessen nicht leicht. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Land in der Lage ist, mit Erfolg auch in großen Quantitäten Weltmarktprodukte zu Konkurrenzpreisen zu schaffen, daß dazu aber auch für den einzelnen Farmer nicht unerhebliches Kapital gehört. Die Wirtschaft ist überall noch sehr im Anfange. Die wirtschaftliche Krise, eine Folge des Krieges und seiner Begleiterscheinungen, hat ihren Höhepunkt noch nicht überschritten, und es ist heute schon sicher, daß die Aufwendungen des Reiches für die Verwaltungs- und Schutzkosten für geraume Zeit nicht aufhören können.“

Daß die Kolonialausgaben, wenn man sich nicht grundsätzlich von dieser Politik abwendet, noch lange nicht aufgehört werden, wußte man, ohne daß Dernburg sich diese Weisheit an Ort und Stelle holt.

Neue Kolonialausgaben.

Dem Reichstag solle eine Vorlage zugehen, die weitere Mittel zum Ausbau des Hafens von Swakopmund in Höhe von 8 Millionen Mark erfordert. Dieser „Hafen“ von Swakopmund ist ein richtiges Schmerzenskind unserer Kolonialpolitik. Zuerst ist in die See eine Mole gebaut worden, an der die Schiffe anlegen sollten. Nach kurzer Zeit war die Mole total verlandet. Nun half man sich damit, daß über die Mole hinaus ein langer Steg gebaut wurde. Der „Hafen“ verlandete unterdessen immer mehr. Die Budgetkommission des Reichstages hörte vor ein paar Jahren die Gutachten zweier Kapitäne der Hamburg-Amerika-Linie, die übereinstimmend erklärten, daß man dort bauen könne, was man wolle, der Hafen werde immer wieder verlandet. Jetzt solle eine neue Brücke von 800 Meter Länge in die See hinausgebaut werden, die natürlich auch ungeheure Unterhaltungskosten verschlingen würde. Die Verlandung des Hafens kann aber auch dadurch nicht aufgehalten werden, man rechnet aber damit, daß der Sand mit der Zeit einen festen Wall bilden werde. — Unsere Kolonialhoffnungen werden also jetzt in des Wortes vollster Bedeutung auf Sand gebaut.

Eine sensationelle Enthüllung über den Flotten-„patriotismus“.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem bekannten Organ der Kohlenwucherer und Panzerplattenpatrioten, wurde dieser Tage eine lange Zuschrift des geistlichen Rektors Professor S. H. Schütz aus Köln veröffentlicht, der seinerzeit weiteren Kreisen durch Flottenbrochüren bekannt geworden ist, die wegen ihrer Hurra-tendenz von den Flottentreibern um so begieriger aufgegriffen wurden, als der Verfasser ein katholischer Geistlicher ist. Wie man aus der in dem Essener Blatte abgedruckten Zuschrift ersehen kann, hat sich für Herrn Schütz die Flottenbegeisterung in unglaublicher Weise gelohnt. Wie der Herr offen eingestehet, ist er in großer Schuldenernot gewesen und hat sich durch unbedachte Unternehmungen schwere Schulden aufgehäuft. Da ist er, um seine Verhältnisse zu sanieren, auf den Gedanken gekommen, „patriotische und sozialhistorische Schriften“ zu verfassen. Er schreibt weiter:

Meine Flottenschriften, die in letzter Zeit auch von den Studierenden an allen deutschen Universitäten verlangt wurden, wurden denn auch in einer Riesenaufgabe



abgesetzt, und so kam ich letztes Jahr zu dem erfreulichen Resultat, endlich mit meinen auf zirka 80000 Mk. mit Zinsszinsen angeschwollenen Schulden auf 12000 Mk. heruntergekommen zu sein, die ich mit einer populären Kolonialchrift ebenfalls zu tilgen hoffe."

Herr Schüh, der Flottenbegeisterte, hat also durch seine wasserpatriotische Broschüren 68000 Mk. verdient, und den Rest seiner Schulden gedenkt er durch eine kolonialschwärmerische Broschüre sich vom Halbe zu schaffen. Der Herr ist von einer mehr als seltenen Offenherzigkeit. Da hätte er noch ein übriges tun und sagen sollen, woher die vielen Tausende stammen. Denn wer die relative Geringsfügigkeit der Autorenhonorare kennt, für den ist es von vornherein klar, daß die unerhörte Summe von 68000 Mk. unmöglich aus der Kasse des Verlegers jener Broschüren stammen kann. Es liegen drei Möglichkeiten vor, drei Quellen, aus denen die Tausende stammen können: 1. der Flottenverein, 2. Seehelme Regierungsfonds, 3. Das interessierte Panzerplattenkapital. Das Sozialdemokratische Presbureau ist in der Lage, auf Grund absolut zuverlässiger Informationen zu erklären, daß die 68000 Mark zum weitaus größten Teile Privateigentümern von an den Flottenlieferungen interessierten Großindustriellen an Herrn Schüh sind. Die Summen wurden Herrn Schüh unter dem Vorwande gezahlt, daß sie eine Entschädigung für die Herrn Schüh in der ihm nahestehenden Zentrums Presse widerfahrenen Angriffe seien. In Wirklichkeit wollte das Panzerplattenkapital den Flottenagitator im Gewand des katholischen Priesters subventionieren, weil man sich von dessen Tätigkeit einen bedeutenden Erfolg bei dem katholischen Volksteil und mittelbar bei der Zentrums Presse versprach. Die an Herrn Schüh gezahlten Tausende sollten den Profitpatrioten Millionengewinne bringen. Diese Enthüllung läßt uns einen ungeahnten Blick tun in eine abgrundtiefe Korruption, in die Geheimwerkstatt der Flottenagitation.

#### Raumanns Phantastien.

In seiner „Hilfe“ schließt Herr Raumann eine Artikelserie über die deutsche Politik mit diesen Sätzen:

„Der freisinnige Wahlrechtsauschuß hat die Pflicht, unermüdet die Stelle zu bezeichnen, von der aus die politische Neugeburt des Deutschland zu erwarten ist. Im Kampfe um das preussische Wahlrecht entscheidet es sich, ob wir Deutsche noch je ein Volk von politischer Energie werden können. Mit Leuten, die ein Dreiklassenwahlrecht vortragen, ist nun einmal keine „Weltpolitik“ zu machen. Jetzt, wo wieder Geld gezahlt werden soll, wo hunderte von Millionen für die deutsche Macht gefordert werden, jetzt ist es an der Zeit, die ganze nationale Frage aufzurollen und zu zeigen, wie sehr unsere Politik vom freisinnigen Fortschritt im Innern abhängig ist.“

Das ist weiter nichts als müßiges Gerede, ein Soglieren mit Redefloskeln, die kein Mensch ernst nimmt, vielleicht auch garnicht ernst gemeint sind. Herr Raumann hat im Reichstag alle reaktionären Streiche der Blockparteiern mitgemacht, und es grenzt geradezu an groben Anflug, wenn er hier den Glauben erwecken will, als ob diese Art des Liberalismus dem Volk ein besseres Wahlrecht schaffen wolle.

Übrigens, weiß Herr Raumann etwa, in welchem Winkel der berühmte freisinnige Wahlrechtsauschuß momentan schläft? Oder ist er bereits entschlafen?

#### Die Sorge der Zuckerbarone.

Kaum ist bekannt, daß Deutschland mit Chile einen Handelsvertrag abzuschließen will, als auch schon die agrarischen Zuckerbarone mit ihren Bedenken da sind. In der „Deutschen Tageszeitung“ weist ein Dr. Gerber darauf hin, daß Chile dem Zucker, der aus Ecuador kommt, Zollfreiheit gewährt. Die Agrarier erklären nun, daß sie zweifellosgeschädigt sind, wenn ihnen nicht die gleiche Vergünstigung eingeräumt wird. Handelspolitische Maßnahmen betrachten die Agrarier stets nur unter dem Gesichtswinkel ihres Spezial-Profites.

#### Erhöhung der preussischen Einkommensteuer.

Nicht nur der Reichstag sondern auch der preussische Landtag sollen mit Steuerfragen befaßt werden. In Preußen handelt es sich um die Deckung des Mehrbedarfs, der durch die Erhöhung der Beamtenbezahlung eingetreten ist. Bei den jetzigen Einnahmen sei es nicht möglich, eine dauernde Mehrbelastung von etwa 130 Millionen Mark zu tragen. Deshalb ist beabsichtigt, eine Erhöhung der Einkommensteuer durchzuführen. — Worüber man sich im ganzen Lande nicht wenig freuen wird.

#### Für den Frieden.

Der Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, hatte vor kurzem die Friedenskumgebung, die die Arbeiterpartei beschloßen hat, an den Genossen Bebel geschickt. Die englischen Blätter veröffentlichten nun das Antwortschreiben Bebel's, das aus dem Englischen rückübersetzt folgenden Wortlaut hat:

„Wir befinden uns natürlich in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen unserer Revolution. Unsere Haltung im Reichstage, in unseren Zeitungen und in den Versammlungen, in denen die auswärtige Politik Deutschlands besprochen wurde, war erfüllt von dem freundschaftlichen Geiste des Wohlwollens gegenüber England, dem englischen Volke und der Arbeiterklasse. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß keine Gründe vorhanden sind, die einen Krieg zwischen den beiden hochzivilisierten Völkern rechtfertigen können. Wir werden auch fernerhin in diesem Geiste wirken, und wenn unsere Herrscher Neigung zeigen sollten, einen Krieg zu provozieren, so werden wir nichts, was in unserer Macht liegt, ungetan lassen, um einen herartigen Krieg zu verhindern. Trotz des Kriegescheiters gewisser Elemente in Deutschland und England kann ich nicht zugeben, daß der Gegensatz zwischen den herrschenden Klassen der beiden Länder so schärf geworden sei, daß er auf den baldigen Ausbruch eines Krieges hindeutet. Daß aber ein herartiger Krieg im Verlaufe

der Zeit ausbrechen kann, halte ich für durchaus möglich. Die Kriegsrüstungen werden mit jedem Tage betrübend und beanspruchen einen so gewaltigen Teil der Hilfsquellen der Nationen, daß dieser Zustand nicht sehr lange andauern kann. Die Katastrophe, die sie verhindern sollen, wird dadurch heraufbeschworen. Wir müßten daher meiner Ansicht nach ruhig und sorgfältig die Entwicklung der Dinge beobachten und das unserige tun, um das Volk und vor allen Dingen die Arbeiterklassen, über die möglichen Folgen aufzuklären. Um Zeugnis für den Geist abzulegen, in dem wir zu wirken gedenken, werden wir bei Gelegenheit unseres bevorstehenden Parteitages in Nürnberg öffentlich zeigen, wie wir zu der Kriegsfrage stehen, und besonders in bezug auf England und das englische Volk. Außerdem wird eine Sitzung des internationalen Bureaus im Oktober in Brüssel stattfinden, in der wir gleichfalls unsere Anschauungen darlegen werden. Die Hauptsache ist, daß auch England dort gut vertreten ist.“

Die englische liberale Presse kommentiert die Rundgebung Bebel's sehr beifällig. Die deutschfreundlichen „Daily News“ führen die Ansichten Bebel's als Beweis der Friedensfreundschaft der großen Masse des deutschen Volkes an und meinen, daß demgegenüber der Lärm der alldemokratischen Chauvinisten nicht allzu ernst zu nehmen sei. Dagegen haben deutsche Blätter den Briefwechsel zu einer Verleumdung Bebel's auszunutzen versucht. So ließ sich die „Köln. Zig.“ aus Berlin ein Telegramm senden, das es als „recht bedauerlich“ bezeichnet, daß Bebel in dem Schreiben sage, daß angesichts der gewaltigen Rüstungen ein Krieg zwischen England und Deutschland „unausbleiblich“ sei. Davon ist, wie sich aus dem oben zitierten Wortlaut des Briefes ergibt, keine Rede. Aber mit der Möglichkeit des Krieges ist leider immer zu rechnen, und je stärker die Rüstungen der Staaten werden, desto größer wird die Gefahr. Wer deshalb gegen den Militarismus kämpft, der kämpft für den Frieden, nicht aber jene, die den Völkern vorgaukeln, die stärkere Rüstung sei nötig, um den Frieden zu erhalten.

#### Die Kolonialgezellen Dernburg gegen das Reichstagswahlrecht.

Der politisierende einstige Bankdirektor scheint sich so an die afrikanischen Verhältnisse gewöhnt zu haben, daß er sich nur schwer noch verfassungsmäßige Kulturzustände denken kann. Zumal die sozialistischen Wahltagge bei den preussischen Landtagswahlen scheinen ihm großen Kummer zu bereiten, deshalb geht er gleich „aufs Ganze.“ Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat er sich in Windhuk also vernehmen lassen: Er sei entschieden gegen ein direktes Wahlrecht (zum Landesrat in Süd-West), auch wenn es kein allgemeines sein solle. Dernburg wies auf die Zustände hin, welche das Reichstagswahlrecht zeitigt hat, namentlich auf den Umstand, daß Städte wie Berlin und Hamburg mit ihrer hohen Bedeutung für das Reich sowohl als auch für die ganze Kulturwelt durch Sozialdemokraten vertreten seien. Wenn für die Gegenwart auch nicht zu befürchten sei, daß aus einem direkten Wahlrecht ähnliche Zustände sich in Südwestafrika bilden würden, so könnten solche aber in Zukunft entstehen. So sei es z. B. im Kapland, wo das Wahlrecht zwar für alle, auch für Eingeborene bestehe, der Einfluß der letzteren aber durch einschränkende Bestimmungen in bezug auf Einkommen, Besitz und Bildung angeblich eingedämmt worden sei. In Wirklichkeit seien die Eingeborenen bei den Wahlen ein großer Nachfaktor, und in fünf Wahlbezirken hänge der Ausfall der Wahlen nur von ihnen ab. Zwar sollen in Südwest nur die Weißen Wahlrecht erhalten, aber wenn, was man doch hoffe, sich eine große Industrie (Bergbau) entwickeln sollte mit Tausenden von Arbeitern, so könnte man hierzulande ähnliche Erfahrungen machen, wie im Deutschen Reich, wo der Schwerpunkt des politischen Einflusses in die besitzlosen, bürgerlichen Klassen verlagert worden ist. Abhängigmachung des Wahlrechts vom Besitzum und dergl. verfehle leicht den Zweck, das habe man bei den preussischen Landtagswahlen gesehen, wo die Sozialdemokratie die bestehenden einschränkenden Bestimmungen mit Geschick umgangen hätte und damit erfolgreich gewesen sei. — Der „liberalen“ Erzellenz sind die politischen Verhältnisse im englischen Kapland zu liberal. Bei seiner bekannten Anpassungsfähigkeit ist ja die schnelle Gewöhnung an die afrikanischen Zustände verständlich. Die Sozialdemokratie wird jetzt dafür zu sorgen haben, daß er sich in Deutschland auch bald wieder „heimisch“ fühlt.

#### Dänemark.

Der Betrug des Fiskusministers. Nachdem das Ergebnis der vom Sparkasseninspektor vorgenommenen vorläufigen Untersuchung des Standes der Seeländischen Bauernsparkasse dem Ministerium übergeben worden ist, haben der Finanzminister und der Minister des Innern heute über die Möglichkeiten verhandelt, um die Folgen der Manipulationen Alberts zu mildern. Das gesamte Defizit beträgt danach etwa 10 1/4 Millionen Kronen, wovon 1 900 000 Kr. durch eine von Vertrauensmännern gezeichnete Garantie summe gedeckt sind. Der Finanzminister verhandelte später mit den führenden Bankiers über die Lage. — Daß der verklumpfte Justizminister a. D. ein Sozialistenfreier ersten Ranges war versteht sich, wie bereits gesagt, von selbst.

Demission des Kabinetts Christensen. Nachdem der Minister des Innern, Graf Raben-Levschau, Sonnabend dem König seine Demission eingereicht hatte, berief der König den Ministerpräsidenten Christensen zu sich und hatte mit ihm eine Besprechung der gegenwärtigen Situation. Das Resultat der Besprechung war, daß der Ministerpräsident die Demission des gesamten Kabinetts eingab und versprach, die Geschäfte bis zu dem nahe bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages weiter zu führen.

#### Rußland.

Die Cholera wüthet noch immer in Rußland. Während im Innern des Landes die Cholera abzunehmen scheint, ist Petersburg Hauptherd der Epidemie geworden. Freitag wurden 58 Kranke neu eingeliefert, von denen 8 gestorben sind. Die Gesamtzahl der Choleraerkranken in den hiesigen Hospitälern beträgt

jetzt 107. Die Presse rügt die mangelhaften Vorkehrungen und die Desorganisation der städtischen Sanitätsverwaltung. Der Chef auf Urlaub im Auslande weilt, während sein Stellvertreter erkrankt ist. Die Maßnahmen der Behörden werden durch Unbildung und mangelhaftes Reinlichkeitsgefühl der ärmeren Volksschichten erschwert. In einzelnen Dörfern der Umgegend von Petersburg drohen die Bauern sich der Errichtung von Choleraquarantänen mit Gewalt zu widersetzen.

Der Stadtarzt von Tarnopol stellte bei einem aus Rußland dort angekommenen Auswanderer Cholerasymptome fest. Ein sofort von der Statthalterei nach Tarnopol entsandter Sanitätsinspektor berichtete, daß es sich seiner Ansicht nach in diesem Falle nicht um Cholera handelte und die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln sofort getroffen worden seien. Aus Lissib wird gemeldet, daß dort sieben Personen an Cholera erkrankt sind. In Peterhof und in Jarskoje Selo sind mehrere Cholerafälle vorgekommen. Bisher entfallen Erkrankungen nur auf die Arbeiterbevölkerung und einige Pflegerinnen in den Hospitälern. Die Stadtverwaltung in Petersburg ist noch immer der festen Überzeugung, daß es sich nur um ein vorübergehendes Aufklackern der Epidemie handelt, das in kurzer Zeit vergehen werde. Da die Erkrankungen in allen Stadtteilen stattfinden, wo die arme Bevölkerung lebt, so kann von einem bestimmten Choleraherd und von einer Isolation des Herdes nicht die Rede sein. Alle Choleraerkranken werden in besonderen, mit Torf und Chlorkalk ausgelegten Särgen in den frühen Morgenstunden auf dem Probrahensk-Friedhof an besonderer Stelle begraben.

#### Perlien.

Von der Revolution. Am Freitag morgen entspann sich ein heftiger Kampf zwischen den Revolutionären und den vor kurzem hier eingetroffenen Makurieren, die mit sechs Geschützen die Befestigungen Sattar Khans angriffen. Unter dem Schutze des Geschütz- und Gewehrfeuers gelang es ihnen anfangs auch, die Revolutionäre zurückzudrängen und in die Stadt einzudringen. Als Sattar Khan jedoch Verstärkungen erhielt, mußten sich die Makurieren in der Richtung auf Marand zurückziehen. Die Verluste auf beiden Seiten sind erheblich. Ein ed Dauleh hat die Makurieren in keiner Weise unterstützt.

#### Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Montag, den 14. September.

Achtung Maurer! Wegen Affordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Grümmühle, Hafenstraße, Siebtau Marii, Kallenhof bei Schwartau. Als Affordanten fungieren F. Mädel, Krempeborsdorfer Chauffee und Fabz, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! über die Siebtauarbeiten in der Mariistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Affordanten F. Mädel und F. Fabz im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grümmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie S. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins unternahmen morgen, Dienstag, nachmittags einen Ausflug nach Stöckelsdorf. Der Abmarsch erfolgte präzis 2 1/2 Uhr vom Treffpunkt an der Ecke der Schwartauer Allee nach dem Lokale des Herrn Baetau. Die Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich an dem Ausfluge zu beteiligen.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am nächsten Montag, abends 6 Uhr, statt.

Über „Sozialdemokratische Krankenkassen“ bringt unser Amtsblatt, das Publikationsorgan unserer hohen und höchsten Behörden, einen Leitartikel, dessen Tendenz natürlich darauf hinausgeht, diejenigen Ortskrankenkassen-Vorstände, in denen neben anderen Parteiangehörigen auch Sozialdemokraten sitzen, herunterzuziehen. Im Speziellen werden die Vorstände diesmal in ihrer Eigenschaft als „Arbeitgeber“ kritisiert. „Ihre Unternehmerralkären“, so schreibt das Amtsblatt, „sollen einmal gründlich betrachtet werden.“ Diese Äußerungen sollen nach dem Amtsblatt sich darin wesentlich äußern, daß diverse „sozialdemokratische Kassenvorstände“ die zwischen dem Zentralverband der Ortskrankenkassen und der Beamtenorganisationen abgeschlossenen Tarifabmachungen nicht anerkannt haben. Der schriftleitende Herr Doktor scheint das Sprichwort, daß man im Hause des Geheften nicht vom Strick reden soll, nicht zu kennen, denn gerade die Druckerei des Amtsblattes hat sich in betreff der Anerkennung des Buchdruckertarifs noch niemals vorteilhaft ausgezeichnet. Immer noch, bei jeder Tarifrevision, mußten Gehilfen- und Prinzipalen-Organisation der Firma erst den Standpunkt klar machen und dann ging's eben mit Ach und Krach. Wir würden der Redaktion des Amtsblattes doch den Rat geben, bevor sie wieder über Tarifabmachungen urteilt, einmal mit dem ersten Geschäftsführer der G. m. b. H. zu konferieren. Er hätte ihr sicher ein Licht aufgedeckt, was zum Behr. Vorherses manchmal in dem Verzeichnis der tariftreuen Druckereien Deutschlands etwas post festum Aufnahme fand. Er, der erste Geschäftsführer Herr Adolf Key als Vorstandsmittglied einer nach der Ansicht des Amtsblattes sozialdemokratischen Ortskrankenkasse, hätte der Redaktion aber auch klar machen können, warum in manchen „sozialdemokratischen“ Kassen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in der Ablehnung der Tarifabmachungen, welche die Lohn- und Anstellungsbedingungen der Beamten betrafen, einig waren, nicht nur im Vorstand sondern auch in der Generalversammlung. Krankenkassen sind eben keine auf Geschäftsgewinn zugeschnittene Betriebe, sondern Institutionen, die auf Grund des Gesetzes zum Wohle der Versicherten unter Aufsicht von Behörden existieren und ihre Tätigkeit ausüben müssen. Ein pflichtbewußter Vorstand und eine weise Generalversammlung werden sich daher niemals durch außenstehende Abmachungen in ihren Entscheidungen betren lassen. Diese Verwaltungskörperchaften werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt haben, für das Wohl der Versicherten zuerst und vor allem besorgt sein, daneben aber das Interesse der Ärzte, der Lieferanten und last not least der Beamten nie aus dem Auge verlieren. Bei der Viel-



fälligkeit der Mitkontrahenten kann der beste Vorstand, und befände er aus lauter reichstreuern Blochleuten, Konflicte nicht vermeiden und daß dann hinüber und herüber geschossen wird, liegt in der Natur der Sache. Die „Lübeckischen Anzeigen“ machen sich mit Bedagen darüber her, daß es zwischen den Vorstehenden der Dresdener und Leipziger Ortskrankenkasse einerseits und dem Redakteur des Beamtenorgans andererseits zu einer heftigen Polemik in der Presse gekommen ist. Sie glauben damit die Unzulänglichkeit und Unfähigkeit von Sozialdemokraten in Kassenvorständen zu beweisen, weil sie die Forderungen der Beamten nicht erfüllen. Logik ist jedenfalls eine starke Seite des „o-Mitarbeiter“ des Amtsblattes nicht. Vor einiger Zeit, als derselbe im Auftrage der Scharfmacher, den „sozialdemokratischen“ Ortskassenvorständen alle Schlichtigkeiten nachlagern und die Betriebskassentassen in das heftige Licht rücken mußte, da war das Verhältnis von Vorstand und Beamten ein ganz anderes. Damals hieß es ungeschäftig so: Die sozialdemokratischen Vorstände vergeuden nicht nur Kassengelder zur parteipolitischen Zwecken, sondern sie schaffen für ihre Anhänger und Agitatoren feste Prämien bei den Kassen, und an einem andern Ort: „Diese angenehmen und gut bezahlten Posten werden stets nur von Sozialdemokraten“.

Merkt Euch das, Ihr Arbeiter!

Endlich soll die Schwarzaauer Allee gepflastert werden! Das Polizeiamt macht bekannt: Die Strecke der Schwarzaauer Allee von der Fackelburger Allee bis zum Brolingsplatz wird wegen Pflasterungsarbeiten vom 15. September ab auf etwa 14 Tage gesperrt sein. Der durchgehende Fuhrwerksverkehr wird durch die Adlerstr. und die Warendorferstr. geleitet werden.

Geheimmittelschwindel, Kurpfuscherei und Presse. Eine vom Deutschen Ärztevereinsbund eingesetzte Kommission für Bekämpfung der Kurpfuscherei hat Material über das Geheimmittelschwindel und Kurpfuschereiwesen in den deutschen Tageszeitungen gesammelt. Das Ergebnis dieser Bemühungen wurde in einem „vorläufigen Bericht“, der als Beilage einer Extra-Nummer des ärztlichen Vereinsblattes für Deutschland vom 8. August 1908 angefügt ist, dem 36. deutschen Ärztag unterbreitet. Die Erhebungen haben sich zunächst nur auf einen Teil der deutschen Presse erstreckt. Sie können also kein vollständiges Bild über den Umfang geben, den der Kurpfuscherei- und Geheimmittelschwindel in unserer aufgeklärten Zeit angenommen hat. Aber trotzdem sind sie außerordentlich interessant und lehrreich. Jedenfalls aber gebührt der Kommission das Verdienst, daß sie unserm Wissens zum ersten Male den Versuch gemacht hat, festzustellen, welche Summen den Leuten, die nie alle werden, von geschäftsgewandten Kurpfuschern und Geheimmittelfabrikanten abgeschwindelt werden. Denn es ist klar, daß sich diese Wiedermänner die teuren Insertionskosten von ihren bedauernswerten Patienten um ein Vielfaches vermehrt wieder zurückzahlen lassen.

Welches sind nun aber die Zeitungen, die durch Aufnahme solcher Inserate diesen Volksbetrug unterstützen? In dem Bericht heißt es unter der Spitzmarke Parteilichkeit:

„Allgemein gültige Schlüsse über den Zusammenhang von Parteilichkeit des Blattes und Häufigkeit von G. R.-Anzeigen (Geheimmittelschwindel und Kurpfuscherei-Anzeigen) können zurzeit noch nicht gezogen werden, weil Angaben über den politischen Standpunkt der Zeitungen nur vereinzelt gemacht wurden. Das eine läßt sich jedoch sagen, daß sozialistische Blätter die Aufnahme von Geheimmittelanzeigen entweder völlig ablehnen oder die Zahl aufs äußerste beschränken. Wir stellen als Beispiel von sechs anhaltischen Zeitungen das sozialistische Volksblatt für Anhalt dem Amtsblatt der Regierung, dem Anhaltischen Staatsanzeiger, gegenüber. Das Volksblatt enthält nur acht Anzeigen, von denen zudem sechs mehr in das wägen zu beanstandende Kosmetikgebiet gehören, während der Staatsanzeiger 31, d. h. die meisten G. R.-Annoncen unter den anhaltischen Blättern bringt. Noch günstiger ist das Verhältnis in Lübeck. Der Bericht Brockmanns darüber lautet: „Der von mir kontrollierte „Lübecker Volksbote“ hat in dem ersten Quartale 1908 keine Annonce gebracht, die irgendwie geeignet wäre, der Kurpfuscherei Vorschub zu leisten. Vielmehr hat das genannte sozialdemokratische Blatt mehrfach Veranlassung genommen, seine Leser vor Kurpfuscherei zu warnen und andere hiesige (Lübecker) Lokalblätter scharf anzugreifen wegen kritischer Aufnahme von Kurpfuscherei-Annoncen überlistigen Charakters.“ Auch im sozialistischen Volksblatt für Hessen und Waldeck wurde keine G. R.-Anzeige gefunden.“

So glänzend das Zeugnis ist, das durch diese Feststellungen der sozialdemokratischen Presse erteilt wird, so trifft es doch noch nicht ganz das richtige. Wir halten es nämlich für sicher, daß kein sozialdemokratisches Blatt Kurpfuscherei- und Geheimmittelschwindel-Anzeigen nur „aufs äußerste einschränkt“, sondern daß in unserer Parteipresse wissenlich überhaupt kein derartiges Inserat aufgenommen wird. Wo solche Annoncen aber vereinzelt erscheinen, da liegt das sicher nur an einem Versähen oder — was wohl noch häufiger der Fall sein mag — daran, daß der betreffende Expeditionsbeamte selbst getäuscht wurde. Die bürgerliche Presse, wenigstens ein großer Teil derselben, bringt jedoch die Geheimmittelschwindel-Inserate, obwohl sie genau weiß, warum es sich handelt. Da heißt es einfach: Geld stinkt nicht. Wir haben es ja wiederholt erlebt, daß ein hiesiges Blatt vor Quacksalbereien, die es selbst im Inseratenteil empfiehlt, im redaktionellen Teil warnt. Wir sind natürlich weit davon entfernt, der bürgerlichen Presse diesen Rebbach zu mißgönnen. Ein Arbeiter, der noch Selbstachtung besitzt, wird Blätter, die sich von den gemeingefährlichsten Schwindelern und Volksbetrügern alimentieren lassen, mit Verachtung aus dem Hause weisen.

Güterverkehrsregister. Am 12. September 1908 ist bezüglich der Ehe des Gastwirts G. Th. Rosenquist und seiner

Ghefrau M. W. geb. Benz in Lübeck eingetragen worden: Der Mann hat das Recht seiner Frau, innerhalb des häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Handelsregister. Am 9. September 1908 ist die Firma Wilhelm John in Lübeck eingetragen worden. Inhaber: Zigarrenhändler Wilhelm Friedrich Heinrich Christian John in Lübeck.

Ein Nachzug Lübeck-Schönberg-Dassow soll vom 1. Oktober ab wöchentlich einmal, und zwar am Sonnabend, abgelaufen werden. Derselbe fährt abends 9 Uhr 10 Min. aus Dassow, ist um 9 Uhr 32 Min. in Schönberg, fährt dann um 9 Uhr 55 Min. weiter und ist um 10 Uhr 32 Min. in Lübeck. Die Rückfahrt von Lübeck beginnt um 11 Uhr 20 Min., der Zug ist um 11 Uhr 57 Min. in Schönberg, er fährt um 12 Uhr 10 Min. von Schönberg ab und ist um 12 Uhr 32 Min. in Dassow.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Wasserrohrarbeiten wird die Strecke des „Hüterdam“ von der Straße „an der Mauer“ bis zur „Kanalstraße“, am Montag, den 14. September ca. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 12. Septbr., morg. 8 Uhr: Wasser 13, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 13½, Luft 14; mittags 12 Uhr: Wasser 14, Luft 16; abends 6 Uhr: Wasser 13½, Luft 11 Grad Celsius. — Am Sonntag, den 13. Septbr., morgens 5 Uhr: Wasser 12, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 12, Luft 11; mittags 12 Uhr: Wasser 12½, Luft 13 Grad Celsius.

Die Sommer-Saison des Stadthallen-Theaters wurde gestern mit einer Aufführung von Hauptmanns Komödie „College Crampton“ geschlossen. Herr Georg Braack spielte die Titelrolle in charakteristischer Weise. Da auch die übrigen Rollen durch die Damen Hartmann und Lange sowie die Herren Norden, Hendrich und Straube ausreichend besetzt waren, so kam eine recht annehmbare Vorstellung heraus. Zum Schluß wurden die scheidenden Künstler im Verein mit Herrn Direktor Feldhufen von dem zahlreich erschienenen Publikum wiederholt vor die Rampe gerufen.

pb. Viel auf dem Kerbholz. Festgenommen wurde ein hiesiger, dem Trunke ergebener Arbeiter, der seine Ehefrau mittels eines geladenen Revolvers bedrohte. Er hat sich ferner noch eines Verbrechen nach § 176, 3 Str.-G.-B. schuldig gemacht.

pb. Ermittelt und festgenommen wurden zwei Arbeiter, die in Gr. Grünau zwei Hühner und eine Anzahl Eier gestohlen haben. Die Hühner hatten sie an Ort und Stelle sofort abgeschlachtet.

pb. Zu den Unterschleichen im Holstenhaus meldet der Polizeibericht: Gegen zehn Verkäuferinnen, einen Verkäufer und zwei Abteilungscheffs eines hiesigen Warenhauses wurden Anzeigen wegen Diebstahls und Untreue erstattet. Die beiden Abteilungscheffs wurden festgenommen.

pb. Brotentelbstahl. Von der Haustür Hützstr. 111 wurde heute morgen ein rot- und weiß-farierter Brotbeutel mit Inhalt gestohlen.

pb. Ein Schiff gestohlen. In der Nacht vom 10./11. d. Mts. ist aus dem Bootshafen bei der Herrenbrücke ein Mitglied des Seglervereins „Teave“ gehöriger Kutter mit Kajüte, Großsegel und Klüver abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Kutter, welcher Klüppelsteven hat, ist etwa 8½ Meter lang und 2,70 Meter breit. Er führt am Heck den Namen: „Alex“, ist weiß gestrichen mit einer rotbraunen Kante. Schlußper Fischer wollen ihn mit 2 Leuten bemant in der Richtung nach Travemünde segeln; am 11. d. Mts. früh bemerkt haben. Personen, die über den Verbleib des Fahrzeuges Angaben machen können, werden ersucht, dies im Bureau der Kriminalpolizei oder bei der nächsten Polizeistation zu tun.

pb. Grober Unfug. In der Nacht vom 13./14. ds. Mts. sind von mehreren Ladentüren von Geschäften am Kohlmarkt und in der Postenstraße die Türer gewaltig abgebrochen worden. Die Täter scheinen Unfug treibende Schloffer gewesen zu sein, wie aus der Art der Ausföhrung zu schließen ist. Personen, die etwa Angaben über die Persönlichkeit der Täter machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 10. bis 11. ds. Mts. wurden aus einem Hause der Reiferstraße 6 silberne Schlüssel, 1 silberner Kinderlöffel und 1 Kassetten mit 38 Mk. gestohlen.

Sanft-Theater. Die Posse „Eine Spritztour nach Berlin“ wird nur noch zweimal aufgeführt. Jeder, der einmal von Herzen lachen will, veräume nicht, sich diese urkomische Posse anzusehen. Ab Mittwoch bringt uns die Direktion wiederum eine Novität und zwar die Posse „2 zu 15“.

Cutin. Die Liberalen und Bündler liegen sich in den Armen, und in schönster Seelenharmone bei der Landtagswahl die Partei des Fortschritts, die Sozialdemokratie, niederzuzwingen. Wer die Cutiner Liberalen kennt, der wundern sich allerdings nicht, daß sie unter Preisgabe aller liberalen Grundzüge sich selbst zu Schuttparkern der agrarischen Wahlrechtsfeinde machen. Ein jeder wirklich liberale Mann muß sich mit Ekel von diesem Treiben abwenden und seine Stimme nun erst recht dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben.

Hamburg. Kriegsgerichtliches. Der aus Hamburg stammende Musikleiter St. von dem in Neumünster liegenden Infanterie-Regiment Nr. 163 entließ am 27. Juli abends aus der Kaserne. Er wollte seine Truppe für immer verlassen. In der ersten Nacht stieg er in einem nahe bei Neumünster belegenen Dorfe durch ein offenes Fenster in die Wohnung eines Lehrers und stahl dort einen Zivilanzug, den er außerhalb des Dorfes anzog. Seine Uniform legte er an einer Hecke nieder. So kam er nach Hamburg und staltete am 1. August bei den Bewohnern verlassenen Wohnung seiner Eltern einen Besuch ab. Mit einem Stemmmeißel und einem Schraubenzieher erbrach er die Kommode eines Einlogierers und stahl daraus 35 Mark Bargeld und ein auf 56 Mark lautendes Sparkassenbuch. Von der Sparsumme hob er 50 Mk. ab und verbrauchte das Geld, ohne zur Abreise nach England Schritte zu unternehmen. Am 13. August wurde er verhaftet. Jetzt hat sich St. wegen Fahnenflucht, Preisgebens von Dienstgegenständen und zweier schwerer Diebstähle zu verantworten. Straferschwerend kommt in Betracht, daß St. vor seinem Diensttritt schon zweimal wegen Diebstahls bestraft ist. Das Kriegsgericht verurteilt St. zu einer Gesamtstrafe von 2½ Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Zeche. Gestanden. Die wegen Kindes mords in Untersuchungshaft befindliche Arbeiterin Jenny Jonath genannt Schütt hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, ihr Kind gleich nach der Geburt vorsätzlich durch Gifticken getötet zu haben.

Kiel. Zur Diebstahlsaffäre auf der Reichswerft. Sämtliche Schulkleute der Reichswerft, 18 an

der Zahl, sind mit samt ihrem Wachmeister nach Berlin abkommandiert worden. Die von der Magregel Betroffenen haben erst in den allerletzten Tagen die ihnen gänzlich unerwartet kommende Ordre erhalten, schon vorgestern, am Sonnabend morgen, in Berlin ihren Dienst anzutreten. Sie sind sämtlich verheiratet und fast alle seit Jahren auf der Werft im Dienst. An ihre Stelle ist bereits in neues Kommando von Schulkleuten getreten, die von Berlin nach hier dirigiert worden sind. Einige geheime Beamte sollten schon seit einigen Tagen als Schreiber auf der Werft tätig sein. Die dieser Tage erfolgte Sistierung und gerichtliche Vernehmung der Betriebssekretäre R. und L. soll ebenfalls mit den Vorgängen auf der Werft in Verbindung zu bringen sein. — Ein schwerer Unfall hat sich am Freitag nachmittag in der Theodor Stormstraße ereignet. Auf dem Bau des Maurermeisters Schael brach die Stellege der ersten Etage und der Maurer Nilson sowie der Bauarbeiter Steen stürzten mit herab. Beide haben schwere Verletzungen erlitten. Steen, der verheiratet ist, war erst kürzlich wegen eines Unfalles, den er auf demselben Bau erlitten hatte, aus der Feilbehandlung entlassen worden.

Apenrade. Eine niedliche Geschichte, die an den Hauptmann von Köpenick erinnert, ist vor einigen Wochen in einer Ortschaft unweit Apenrade passiert. Ein junger Mann aus Apenrade diente als Knecht westlich von Rothentrug. Er verließ kürzlich seinen Dienst, weshalb ihm sein Dienstherr den bis dahin verdienten Lohn von 36 Mark nicht auszahlen wollte. Der Knecht verstand es aber, unter der Mithilfe einiger Freunde, dem Bauern das Geld abzulösen. Der Knecht engagierte zwei Freunde aus Apenrade, diese verschafften sich eine preußische Notarbe und begaben sich zu dem Bauer. Der eine von den Freunden spielte den Herrn Gerichtsvollzieher, der andere den Schreiber mit einer Aktenmappe unter dem Arm. Sie forderten den Bauern auf, das Geld herauszugeben, und als der Bauer sich noch immer hochbeinig stellte, sagte der Pseudo-Gerichtsvollzieher: „Dann müssen wir zur Pfändung schreiten.“ Als in diesem Augenblicke sich gerade ein Schaf im Hofe blicken ließ, sagte der Herr „Gerichtsvollzieher“: „Nun, dann pfänden wir das Schaf!“ Nun bekam der Bauer es mit der Angst und holte einen Hundertmarktschein. Aber der Herr „Gerichtsvollzieher“ hatte nicht soviel Kleingeld, um herauszugeben. Der Bauer rannte dann in seiner Angst umher und verschaffte sich die 36 Mk., die er dem Herrn „Gerichtsvollzieher“ einhändigte. Darauf zog dieser mit seinem Schreiber nach einer vornehmen Verbeugung ab. Nachher ist dem Bauern doch ein Licht aufgegangen und nunmehr werden sich der Herr „Gerichtsvollzieher“ und sein „Schreiber“ vor Gericht verantworten müssen. Erwähnt sei noch, daß die Genannten noch jungen Leute ohne Bartwuchs sind. Die Geschichte beruht tatsächlich auf Wahrheit.

## Letzte Nachrichten.

Berlin, 13. September. Auf dem Wannsee kentert heute ein Segelboot mit zwei Damen und einem Herrn. Dieser wurde mit Mühe gerettet; die beiden Damen, darunter die Braut des Geretteten, ertranken. — Auf dem Friedhof zu Grünau bei Berlin wurde heute früh die 31jährige Ehefrau des Instrumentenmachers Buchholz ertränkt aufgefunden. Als mutmaßlicher Täter wurde der Kutcher Wollenberg, mit dem sie früher ein Verhältnis gehabt hat, das sie gelöst hatte, verhaftet. Wollenberg, der mit der Frau bei Grünau gesehen worden ist, leugnet, der Täter zu sein.

## Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 12. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierlei-Butter Pfd. —1,35 Mk., Käse — Mk., Euten 3—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Küken Stk. 1,20—1,40 Mk., Lauben Stk. 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. —78 Pf., Glickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,00—1,10 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pfg., Karpfen 2 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genug, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schlei Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60—70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 80—100 Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Wexel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Rischen Pfd. 25—30 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 12. Septbr.  
Weizen, 115—128 Pfd. holl. 175—195 Mk. Roggen 115—124 Pfd. holl. 150—170 Mk. Gerste, nach Qualität 160—170 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 150—165 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.

## Wie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

## die Arbeiterpresse.

Setzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Seder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote“ zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Ludwig.  
Verleger: Th. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtliche in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“



Allen denen, die meinem lieben Mann und meinem guten Vater das letzte Geleit gaben und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Pastor Becker für die trostreichen Worte am Sarge unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern besten Dank.

**Maria Nordmann Ww.,**  
und Kinder.

Eine Zweizimmer-Wohnung mit etwas Gartenland zu vermieten. Zu erfragen  
Wiedestraße 28, II. Stg. rechts.

**Öffentliche Stellenvermittlung**

**Parade 1, fr. Marthaheim,**  
sucht zu sofort und später: Köchinnen, Hand-  
Weibchen und Küchenmädchen bei hohem Lohn.  
**1 Schulmädchen ges.** Sandstr. 20,  
I. Etage.

**Fahrrad und silb. Herrenuhr**  
spottbillig zu verkaufen. Chafoststr. 21, I.  
Hobespähne und Feuerholz wird ab-  
gegeben. Welzerstraße 30 a.

**Ein Regulierofen zu verk.**  
Engelsgrube 43/4.

**Kindergarderobe** wird billig angef.  
Sandstr. 20, I.

**Adolf Hübner** Uhrmacher u. Gold-  
arbeit, Fünfhaus 13

**Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.**  
**Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.**  
1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen** Uhr-  
macher  
Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße  
Gebe rote Rabattmarken.

**Vereinigte**  
**Butterhändler**  
v. Lübeck u. Umg.

**Allerfeinste Meierei-Butter**  
kostet Pfd. **1.35** Mk.

**Betten, Bettfedern**  
u. a. **Betten-Artikel**  
kaufen Sie billig und recht bei  
Markt **Otto Albers** Kohlm.  
4. 10.  
3. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an,  
Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.  
OO Rote Lubeca-Marken. OO

**Deutscher**  
**Metallarbeiterverband**  
(Verwaltungsstelle Lübeck)

Dienstag, den 15. Septbr.,  
abends 8 1/2 Uhr präzise

**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
im „Waisenhof“,  
Fackenburg Allee Nr. 56.

Tages-Ordnung:  
1. Die Frauen wie den Ausperrungen  
der Unternehmung entgegen arbeiten?  
2. Verschiedenes.  
Zu recht zahlreichem Besuch der Versamm-  
lung ladet ein  
Die Ortsverwaltung.

**Friedr. Meyer & Co.**

Buchhandlung

Johannisstraße 46      Johannisstraße 46

empfehl folgende Schriften

- Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek in einzelnen Heften à 20 Pf.
- Alkoholfrage und Sozialdemokratie v. E. Wurm . . . 30 "
- Die Mutter als Erzieherin . . . . . 50 "
- Der Kampf der Arbeiter v. A. Pannekook . . . . . 20 "
- Sozialdemokratische Flugschriften à . . . . . 10 "
- „ Agitationsbibliothek à . . . . . 20 "
- Sozialistische Literatur v. P. Lensch . . . . . 15 "
- Klassengegensätze im Zeitalter d. franz. Revolution 35 "
- Die neuen Reichssteuern v. Ed. Bernstein . . . . . 30 "
- Lebensmittelzölle und indirekte Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen . . . . . 10 "
- Die Währungsfrage v. M. Schippel . . . . . 15 "
- Das kommunistische Manifest . . . . . 20 "
- Zum Achtstundentag v. A. Braun . . . . . 20 "
- Hochverratsprozeß Liebknecht v. d. Reichsgericht 50 "
- Die Urteile d. Disziplinargerichte gegen Dr. K. Peters 40 "
- Ein katholischer Priester als Sozialdemokrat . . . 10 "
- Schule, Kirche und Arbeiter . . . . . 15 "
- Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation . 20 "
- Knute und Bombe v. E. Klar . . . . . 50 "
- Die Frau und der Sozialismus v. A. Bebel, gebunden 250 "
- Der Pfaffenpiegel v. Corvin geb. 4 Mk. od. in 10 Lief. à 30 "
- Internationale Bibliothek, sämtliche Bände.
- Bibliothek des praktischen Wissens: Rechte und Pflichten des Mieters 20 Pf., Rechte des Angeklagten 50 Pf., Erbrecht u. Testamente 75 Pf., Ehe- u. Familienrecht 75 Pf., Die Kunst der Rede 1 Mk., Das Vormundschaftsrecht 75 Pf., Das Recht des unmehelichen Kindes 75 Pf.
- Führer durch das Krankenkassengesetz . . . . . 30 "
- „ durch das Invalidenversicherungsgesetz . . . . . 25 "
- „ durch die Strafprozeßordnung . . . . . 40 "
- „ durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht 25 "
- „ für den Militärpflichtigen . . . . . 30 "
- „ durch das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft . . . . . 25 "
- „ durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz . . . . . 25 "
- Aberglaube aller Zeiten v. W. Fischer . . . . . 50 "
- Evangelium eines armen Sünders v. Weiting . . . . . 60 "
- Johannes Huß v. H. Lommel . . . . . 25 "
- Die Freimaurerei v. Sassenbach . . . . . 30 "
- Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik . . . 35 "
- Tyrannmord nach der lehre der kath. Kirche 50 "
- Sozialdemokratisches Liederbuch . . . . . 40 "
- Sturmlieder vom Meer v. Clara Müller . . . . . 100 "
- Gekrönte Häupter 25 Hefte, jedes für sich abgeschlossen à 20 "
- Reclams Universal-Bibliothek à . . . . . 20 "
- Die soziale Bedeutung der Genossenschaften von Dr. Fr. Oppenheimer . . . . . 50 "
- Sozialliberalismus und Kollektivismus v. E. Bernstein 50 "
- Im Gefängnis, Judenmassakre, Geld etc. v. M. Gorki 30 "

In freien Stunden, Der wahre Jakob, Süddeutscher Postillon, Die Gleichheit, Die neue Zeit sowie viele andere Lieferungswerke von wissenschaftlichem Wert.

Nicht aufgeführte Werke werden auf Bestellung baldigst geliefert.

**Holzarbeiter-Verband**

(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-**  
**Versammlung**

am Dienstag, 15. Septbr.,  
abends 8 1/2 Uhr.  
Im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:  
1. Die Arbeitsnachweisfrage  
2. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband**  
der Schuhmacher Deutschlands  
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitgliederversammlung**

am Dienstag, den 15. Septbr.,  
abends 9 Uhr  
Im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:  
**Das neue Vereinsgesetz.**  
Referent: Genosse Paul Löwigt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung Schneider!**

**Mitglieder-**  
**Versammlung**

am Dienstag, den 15. Septbr.,  
abends 8 1/2 Uhr  
Im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:  
1. Tarifberatung.  
2. Stellung von Anträgen und Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz.  
3. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

**Hansa-Theater**

Telephon 384.

**Job-Classen.**

Heute vorletzter Tag.  
Anfang punkt 8 1/4 Uhr.  
Das Tollste vom Tollen!

**Eine Spritztour**  
**nach Berlin.**

Posse mit Gesang in 4 Akten.  
Mittwoch: 2 zu 15.  
Vorverk. bei Sager Wochentags b. 5 Uhr

**Achtung Genossinnen!**  
**Ausflug**

der weiblichen Mitglieder des sozialdemokrat. Vereins nach Stockelsdorf  
am Dienstag, den 15. Septbr.  
Treffpunkt 2 Uhr Ecke Schwartauer Allee.  
Abmarsch präzise 2 1/2 Uhr.  
Das Komitee.

Zu der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei  
Paul Fleming haben Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird.  
Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.  
Eimerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-9 Uhr.

Neu eröffnet!  
**Schwartauer Allee 4**  
**Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt**  
**„Elektrik“**  
Inh.: Carl Buchholtz.

Preisliste.

Herren-Sohlen . . . . .	1.80 Mk.	Herren-Absätze . . . . .	60-80 Pf.
Damen-Sohlen . . . . .	1.20 „	Damen-Absätze . . . . .	40-50 „
Knaben-Sohlen . . . . .	0.90-1.50 „	Knaben-Absätze . . . . .	40-50 „
Mädchen-Sohlen . . . . .	0.80-1.10 „	Mädchen-Absätze . . . . .	30-40 „
Kinder-Sohlen . . . . .	0.50-0.70 „	Kinder-Absätze . . . . .	25 Pf. an.

Sonstige Reparaturen entsprechend billig.  
Jede hundertste Reparatur wird gratis geliefert.  
Für beste Verarbeitung und für Verwendung von prima Kernleder wird volle Garantie übernommen.

**Die Gleichheit**

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.  
Redigiert von Clara Zetkin.  
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Handfrauen. Für unsere Kinder.  
Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pf. oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pf. (inkl. Postgeb.).



## Zur Oldenburgischen Landtagswahl

Die Wahlmännerwahlen finden statt am

**Donnerstag, den 17. September:**

**Putin (Stadt):** von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Rathaus.

**Malente:** von 5-7 Uhr in Krohns Gasthof.

**West-Matekau:** von 3-6 Uhr im Lokale des Herrn Nau in Techau.

**Neufkirchen:** von 4-6 Uhr nachmittags in Jacobsens Gasthaus zu Malskowitz.

**Gemeinde Siblin:** von 4-6 Uhr in Berlins Gasthaus in Bahnhof Gleschendorf.

**Freitag, den 18. September:**

**Schwartau:** von 4-7 Uhr in Heuers Hotel.

**Stoekelsdorf:** von 4-7 1/2 Uhr im Restaurant „Brauerei Fackenburg“.

**Arftrade-Obermwohde:** von 5-7 Uhr in Klüwers Gasthof in Obermwohde.

**Gemeinde Medingsdorf:** von 4-6 Uhr in Hing Gasthof in Busendorf.

**Wojau:** von 4-6 Uhr in Ellbkers Gasthaus in Hufsfeldt.

**Gemeinde Gleschendorf:** von 4-6 Uhr in Baetaus Gasthof in Schulendorf.

**Sonnabend, den 19. September:**

**Neufeld:** von 5-7 Uhr in der Halle des Gastwirts Lampe zu Pariner Berg.

**Putin (Land):** von 4-6 Uhr in Böhmers Gasthaus in Neudorf.

**Wahrensböf (Flecken):** von 5-7 Uhr im Hotel „Stadt Hamburg“.

**Wahrensböf (Landgemeinde):** von 3-5 Uhr im Lokale des Herrn Feß, Steinbamm.

**Curau:** von 5 1/2-7 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Million.

**Süfel:** von 4-6 Uhr in Halpaps Gasthaus zu Süfel.

**Gniffau:** von 4-6 Uhr im Gniffauer Heckaten.

**Gemeinde Ost-Matekau** von 5-8 Uhr in Warnsdorf beim Gastwirt Kode.

**Landtagswähler! Benutzt die wenigen Tage bis zur Wahl zur regen Propaganda für die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner!**

## 5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten.“

C. B. Nürnberg, den 11. September 1908.

Die Nachmittags-Sitzung wird von der Genossin Zieg mit der Verlesung einer Anzahl Begrüßungsschreiben eröffnet, die von den Genossinnen Eisenbergs, dem Bundes-Komitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes, dem sozialdemokratischen Frauenverein der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika eingelaufen sind.

Genossin Zettin dankt für diese Begrüßungen und für diese Glückwünsche und begrüßt die Genossin Angelika Palabanoff, die gleichmäßig in der russischen wie in der italienischen Frauenbewegung tätig ist. Wir sind auch dann,

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(49. Fortsetzung.)

Die beiden Männer verließen zusammen das Haus, als ihnen vor der Tür desselben eine eigene wunderliche Figur entgegentrat.

Es war ein Schwarzer, wie sie sich einzeln sowohl als auch in kleinen Trupps oder Familien sehr häufig zwischen den Ansiedlungen der Weißen oder in deren Städten herumtreiben. In den letzteren verbietet ihnen aber ein zu dem Zweck erlassenes Gesetz, daß sie in ihrer gewöhnlichen Nationaltracht, das heißt völlig nackt, erscheinen. Sie müssen Männer wie Frauen, wenigstens ein Hemd anhaben, die geringsten Ansprüche in der Tat, die man an irgend eine Toilette machen kann, und diesem Kleidungsstück ist sogar eine gewisse Länge vorgeschrieben. Merkwürdigerweise fügen sich aber die Männer weit eher dieser vorgeschriebenen Tracht als die Frauen, welche letzteren sich fast immer in ihre grauen Dopschummäntel einhüllen.

Daß da vorzüglich bei den ersteren die sonderbarsten Anzüge vorkommen, läßt sich denken. Gewöhnlich beschränken sie sich allerdings nur auf die Zwangsstracht und laufen einfach in ihrem Hemde herum, Leuten nicht unähnlich, die bei Feuersgefahr aus dem Bette gesprungen sind und nichts als das notwendigste Kleidungsstück gerettet haben. Manchmal kommt es aber doch auch vor, daß Laune oder Geschnack, oder auch irgend ein humoristischer Witz, diesem Kostüm noch andere Beigaben machen, wie zum Beispiel irgend einen alten abgetragenen Frack, oder eine Weste, oder eine Kravatte und dergleichen. Hosen und Schuhwerk sind ihnen aber das Fatalste, weshalb sie sich dem auch am allergeringsten fügen, obgleich ich einmal einen Schwarzen gesehen habe, der sich die roten Streifen einer Uniformhose mit Harz über sonst etwas auf die bloße Haut an den nackten Beinen herunter aufgestrichelt hatte. Auch papierne Watermörder und Manschetten kommen vor.

Das hier stehende Individuum trug nun, außer dem eben nicht übermäßig langen blaue gestreiften Matrosenhemde, einen schwarzen, allerdings etwas arg mitgenommenen Helm und ein Paar Hosen, zu deren Festhaltung er sich einen gewöhnlichen Bastriem um die Mitte des Körpers gebunden hatte und blieb, als die beiden

wenn wir national tagen, immer von internationalen Gefühlen besetzt und fühlen uns stets durchdrungen von jenem Geiste des revolutionären Sozialismus, der so wenig er einen Unterschied des Geschlechts kennt, auch nicht Halt macht vor den Grenzbarrieren, die durch die politischen Verhältnisse gezogen werden. Wir sind alle Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, wo immer wir auch tagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Genossin Baumann-Altona. Es sind 62 Delegierte mit 62 Mandaten außer den schon erwähnten Gästen vertreten. Außerdem sind noch einige Delegierten mit nicht ordnungsmäßig ausgestellten Mandaten anwesend. Auf Vorschlag der Genossin Zieg wird beschlossen, die Genossinnen, die von ihrem Wahlkreis ausdrücklich mit der Vertretung der organisierten Frauen auf der Frauenkonferenz betraut worden sind, auch als Delegierte anzuerkennen.

Hierauf wird die Debatte über den Punkt: Agitation fortgesetzt.

Genossin Lachmeier-München beklagt den immer noch bestehenden Mangel an tüchtigen Agitatorinnen. Auf den deutlichen Rippenstoß des Genossen Hente einzugehen, fehlt mir die Zeit. Die Budgetbewilligung der Bayern wird ja auf dem Parteitag ausführlich behandelt werden. Nur soviel möchte ich noch sagen, wenn Genosse Hente meinte, die bayerischen Frauen hätten alle Ursache, auf die bayerischen Genossen einzuwirken, so haben gerade die letzten Tage gezeigt, daß die norddeutschen Genossen, speziell die Genossen Berlins, es der Frauenbewegung noch sehr an Entgegenkommen fehlen lassen. (Teilweises Sehr richtig!) Namentlich jetzt beim Übergang zum neuen Vereinsgesetz haben sich unsere nordischen Genossen vielfach nicht auf der Höhe gezeigt. So wenig das neue Vereinsgesetz uns bietet, so sehr müssen wir es für uns auszunutzen suchen.

Genosse v. Elm-Hamburg: Meine Ausführungen sind teilweise mißverstanden worden. Genosse Klupsch meinte, ich hätte die Begner erst auf die Sache aufmerksam gemacht. Das ist unrichtig. Die Begner haben sich der Sache längst bemächtigt. Im übrigen hat ja die Debatte grundsätzlich Übereinstimmung darüber ergeben, daß wir niemand zwingen dürfen, gegen seine politische Überzeugung zu stimmen. (Sehr richtig!) Was die Begner zu einer Sache sagen, ist auch ganz gleichgültig. Wir haben uns aber zu fragen, welcher Standpunkt ist der richtige, den wir als Sozialdemokraten einnehmen müssen. Auf das Kleinbürgertum besonders zu rechnen, ist eine Illusion, denn gemeinsame Interessen haben wir nur bis zu einem gewissen Grade mit ihm, dann scheiden sich unsere Wege. (Sehr richtig.) Betrachten wir doch die Entwicklung im Ausland. Wer ist schuld an dem Niedergang der russischen Revolution. Einzig und allein das russische Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum wird niemals für uns zuverlässig sein, deshalb müssen wir das, was wir schaffen, dauernd schaffen. Und eine solche dauernde Einrichtung ist die genossenschaftliche Organisation. Neben der theoretischen Aufklärung müssen die Arbeiterfrauen darüber aufgeklärt werden, welche Macht wir in wirtschaftlicher Beziehung haben. Heute schließen sich die meisten Frauen nur wegen der materiellen Vorteile der Genossenschaftsbewegung an. Deshalb begeistere ich mich aber nicht für diese Sache. Ich will die Genossenschaftsbewegung zu etwas Größerem und Besserem machen, zu einem wichtigen Teil der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Genossin Winkelmann-Frankfurt a. M.: In uns Frauen steckt überhaupt ein gut Teil Terrorismus, wenigstens behaupten es die Männer. (Heiterkeit.) Wir in Frankfurt haben die Geschäftsleute ebenfalls terrorisiert und zwingen sie, in unserem Parteiorgan zu inserieren. Die Gegner üben in ganz anderer Weise Terrorismus. In den Frankfurter Schulen lehrten bei den letzten Reichstagswahlen die Lehrer ihre Schüler: Wählt ihr Quert, kostet das Brot eine Mark, Wählt ihr Deert, dann wird das Brot größer! (Heiterkeit.)

Genossin Elm-Hamburg: Redlinghausen schildert die Verhältnisse im Kohlengebiet, dem schwarzen Winkel. Der Redlinghäuser Wahlkreis wird deshalb auch das schwarze Finsterland genannt. Dort wird die Kanzel zu politischen Zwecken gebraucht. Am Altar müssen die Frauen schwören, der Sozialdemokratie nicht beizutreten. Die Volksgenossen sind in dem großen Redlinghäuser Polizeiprozess klar zutage getreten. Die Proletarier wurden von der Polizei aus ihren Häusern und von ihren Arbeitsstellen geholt. Die Gewerkschaftsangehörigen fanden überhaupt keine Wohnung. Trotzdem hat die Frauenorganisation auch bei uns festen Fuß gefaßt. 350 Frauen gehören unserer Organisation an. (Lebh. Beifall.)

Genossin Elm-Hamburg: In der Lausitz haben wir die gleichen Schwierigkeiten wie anderswo. Wenn wir uns dort politisch betätigen wollen, sagt man uns, wir sollten uns um unser Wirtschaft kümmern. Wenn wir aber den ganzen Tag in den Fabriken arbeiten müssen, dann sagt man uns so etwas nicht. (Sehr richtig!) Würde man nicht unsere Arbeitskraft auf so unmensliche Weise ausbeuten, dann hätten wir auch mehr Zeit zur Verrichtung unserer Hausarbeiten. In Weiswasser sind übrigens auch die bürgerlichen Frauen einmal Hand in Hand mit den Proletarierinnen gegangen. Die Milch sollte um 2 Pfennige teurer werden. Der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein und unsere Presse nahmen sich sofort der Sache an und ein Milchboykott wurde beschlossen. In diesen Boykott hielten sich auch die bürgerlichen Frauen, und er wurde siegreich durchgeführt. (Beifall.)

Genossin Deuper-Essen: In Essen sind jetzt über 1000 Frauen organisiert (Bravo!) und das trotz aller Polizeischikane. Sogar auf den Klosets wurden unsere Frauen bewacht, so daß man nichts machen konnte. (Große Heiterkeit.) Die „Gleichheit“ haben wir zum obligatorischen Vereinsorgan gemacht. (Beifall.)

Genossin Claßen-Hamburg: Der Vorwurf, daß uns im Norden die männlichen Genossen nicht genügend entgegenkommen, trifft auf meinen Wahlkreis, den dritten Hamburger, nicht zu. Hier sind uns die Genossen in jeder Weise bei der Agitation unter den Genossinnen behilflich. Wir haben in Hamburg schon Bezirksführerinnen. Ein Unterschied des Geschlechts wird in Hamburg überhaupt nicht gemacht, und das gibt der Parteibewegung einen stetigen Aufschwung. Man hat mir in Hamburg gesagt, ich sei sojuzig eine Gegnerin der Frauenbewegung. Das ist unrichtig, ich will die Genossin nur im Rahmen der Parteibewegung zur Mitarbeit heranziehen.

Genossin Schlomer-Lübeck: Ich möchte darauf hinweisen, daß im künftigen Jahr die Fragebogen nach dem Stand der Bewegung in vollkommener Ausführlichkeit und rechtzeitig ausgefüllt werden und möchte Sie bitten, vor allem darauf zu achten, daß die jüngeren Vertrauenspersonen dies auch tun. Die Statistik über den Stand unserer Agitation ist sehr wertvoll. (Bravo!)

Es folgt die Debatte über den Punkt Presse. Referentin Genossin Zieg.

Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ gibt einen gewissen Gradmesser für den Umfang der proletarischen Frauenbewegung ab und ich meine, daß wir noch weit mehr tun müssen, nicht nur für die Verbreitung unserer Frauenzeitung wie der allgemeinen Parteipresse, sondern auch für die schriftstellerische Mitarbeit der Genossinnen an den einzelnen Orten an der „Gleichheit“ und der allgemeinen Parteipresse. Aus dem Bericht des Parteivorstandes geht hervor, daß die „Gleichheit“ Ende 1907 84000 Abonnenten hatte. Inzwischen ist die Zahl auf 85000 gestiegen. Diese Steigerung beweist, daß unsere Genossen sehr lebhaft die Agitation für die Verbreitung der „Gleichheit“ betreiben, dabei ist die Gewinnung von Abonnenten bei der jetzigen wirtschaftlichen Depression recht schwierig. Nicht nur die rednerisch tätigen Genossinnen, sondern gerade die Frauen, die ungenannt und unbekannt die Kleinarbeit verrichten, sind sehr eifrig in der Sammlung von neuen Abonnenten. Hauptächlich der „Gleichheit“ haben wir es zu danken, wenn unsere Genossinnen in so großer Zahl herangebildet sind zur Agitation und theoretisch geschult und grundrichtig gefestigt worden sind. (Sehr richtig!) Die „Gleichheit“ macht unsere proletarische Frauenbewegung vollständig frei von frauenrechtlicher Ideologie. Und das ist gut ja. Wer irgendwie befähigt ist seine Gedanken auch schriftlich auszudrücken, sollte sich mit den Redaktionen der Gleichheit und der Parteipresse über-

deselben Rede zu stehen, steckte die Münze in Ermangelung einer Tasche in den Mund und schritt langsam und gravitätisch die Straße hinunter.

XXI.  
Das „Saaldorf-Hotel.“

„Das „Saaldorf-Hotel“ lag in der Hauptstraße des kleinen Ortes und war ein bereits, von Backsteinen errichtetes Gebäude, das von außen eigentlich mehr verpfand, als es im Innern hielt. Nichtsdestoweniger besand sich doch eine ziemlich gemütliche Gaststube — nach englischer Art mit einem Kamin versehen — darin, und die Bar über der Schenke war mit allem reichlich versehen, was einen durstigen Menschen erfreuen oder einen nichtdurstigen zum Trinken verleiten kann. Außerdem hielt Jakob Meier, der Wirt, ein vorzügliches, dem deutschen Geschmack besser zusagendes Bier, als die sehr schwere Ale und Porter, die sich für Australier nicht einmal gut eignen.

In England selber, in dem feuchten, nebligen Klima daselbst, sind solche schweren Getränke wie Sherry, Port und Cognac oder Brandy ganz gewiß trefflich am Plage, und die allgemeine Verbreitung dort beweist schon, daß sie der Natur der Bewohner zusagen und ihnen heilsam sein müssen. Die außerordentlich trockene Luft Australiens dagegen verlangt keine solchen Reizmittel, und selbst leichtere Spirituosen werden da, in Menge genossen, weit leichter schädlich wirken, als im alten Vaterlande.

Eigentlich versammelten sich die gewöhnlichen Stammgäste des Hotels erst mit der Dämmerung, wo sie dann nach guter — oder besser gesagt nicht guter — deutscher Sitte bis zehn oder elf Uhr des Abends zusammenließen. Und manches Glas Bier, manchen heißen Punsch, manchen kleinen hochgelben Rimmel mußte der geschäftige „Barkeeper“ solcher Zeit zwischen heiß verfochtenen Argumenten und höchst nutzlosen, aber nichtsdestoweniger um so viel heftiger durchgeführten Verhandlungen über europäische Politik den Durstigen einschenken.

Das eigentliche Gesellschaftszimmer war heute auch noch ziemlich leer; nur an einem Tische, nächst dem Fenster, saßen drei, und an einem andern dicht dabei ein Mann, wie es schien aber in gemeinsamer Unterhaltung begriffen, wenn auch mit verschiedenen Getränken vor sich. Die drei nämlich hatten zwei leere und eine noch ziemlich volle Rheinwein-

Männer aus der Tür traten, starr und aufrecht stehen und sah sie an.

„Ah,“ rief Spiegel, als er ihn bemerkte, lächelnd aus, „hier haben Sie wieder eine Figur meines Romans. Nun, wie gefällt Ihnen das Exemplar? Übrigens,“ setzte er mit ironischer Höflichkeit hinzu, indem er noch immer auf den gerade vor ihnen stehenden Schwarzen deutete, „habe ich das Vergnügen, Ihnen hier Herrn Doktor Behr vorzustellen.“

Der Vorge stellte, sich genau den Sitten des Volkes fugend, dessen Hosenträger, Hemd, Namen und Gut er trug, nahm mit einer raschen Bewegung den letzteren ab und schwenkte ihn mit tiefer Verbeugung vor dem Fremden, der dabei ein Lächeln nicht unterdrücken konnte. Der Schwarze dagegen bewahrte vollständig seinen fast grimmen Ernst, und bedeckte sich wieder, als er seine Höflichkeit, wenn auch nicht in dem Maße, erwidert fand.

„Sein Name war früher Lunjumlong,“ erzählte Spiegel weiter, „ein deutscher Arzt aber und sehr tüchtiger Mann, der Australier jetzt leider wieder verlassen hat und Behr hieß, tauschte seinen Namen nach der freundschaftlichen Sitte der Eingeborenen mit ihm. Lunjumlong ist insolgedessen promoviert worden und jetzt hier allgemein unter dem neuen Namen bekannt. Nun, lieber Kollege, wie geht es Dir eigentlich?“ wandte er sich dann an den ihn aufmerksam anschauenden Schwarzen. „Seit wann bist Du wieder nach Saaldorf gekommen und wo hast Du die ganze Zeit gesteckt?“

„Im Busche drinnen,“ sagte Doktor Behr, mit ziemlich deutlicher und richtiger Aussprache des Englischen, dessen sich auch Spiegel mit ihm bediente, „aber schlecht im Busche, keine Possams mehr, keine Kangurus, keine Emus, Doktor Behr hat Hunger.“

„Die alte Geschichte.“ lachte Spiegel, indem er eine kleine Silbermünze aus der Tasche nahm und dem Schwarzen gab, „da, kauf Dir Brot dafür, aber keinen Branntwein, hörst Du?“

Der Schwarze warf einen flüchtigen Blick auf die Münze, um sich vorerst zu überzeugen, ob es auch wirklich weißes Geld sei, das sie von rotem recht gut zu unterscheiden wissen und machte dann eine zweite, der ersten vollkommen entsprechende Verbeugung. Nach Empfang des Geldes hielt er es aber nicht mehr der Mühe wert, über die Verwendung

deselben Rede zu stehen, steckte die Münze in Ermangelung einer Tasche in den Mund und schritt langsam und gravitätisch die Straße hinunter.



haupt wegen Mitarbeit in Verbindung setzen. (Sehr richtig!) Die Genossin Zeitlin möchte ich bitten der Gleichheit ein Inhaltsverzeichnis beizugeben für die Genossinnen, die sich die „Gleichheit“ sammeln und einbinden lassen und könnte auch ein Umschlag beigegeben werden. Grabe, weil die „Gleichheit“ so viel Material über Lohn- und Arbeitsbedingungen bringt, wäre es wünschenswert, daß sie als Nachschlagewerk bei unseren Agitatoren benutzt wird. Die Kinderbeilage der „Gleichheit“ hat sehr gute Erfolge auf den jungen Nachwuchs gehabt, hoffentlich wird die „Gleichheit“ noch mehr als bisher das Organ sein, das zur theoretischen Schulung der Genossinnen beiträgt. (Beifall.)

Genossin Greiffenberg = Augsburg begründet einen Antrag auf obligatorische Lieferung der „Gleichheit“ an die organisierten Genossinnen mientgeltlich oder zu ermäßigten Preisen. Die „Gleichheit“ ist heute nicht mehr nur eine Frauenzeitung, sondern das beste sozialistische Familienblatt. (Sehr richtig!) Sie bildet das beste Gegengewicht gegen Schauerromane und die ganze Jugendliteratur, die heute unsere Jugend vergiftet und ihr den knechtischen Sinn anzuweihen will, der der bürgerlichen Gesellschaft anhaftet. (Bravo!)

Genossin Sagen = Regensburg tritt für ermäßigte Lieferung der „Gleichheit“ an die organisierten Genossinnen ein. Es hat sich gezeigt, daß die Genossinnen die „Gleichheit“ lieb gewonnen haben und besonders sind es die Kinder, die in der Woche mehrmals fragen, ob denn die „Gleichheit“ noch nicht da ist. Ich bitte den Antrag Greiffenberg anzunehmen. (Bravo!)

Genossin Winkelmann = Frankfurt a. M. tritt ebenfalls für den Antrag der Genossin Greiffenberg = Augsburg ein.

Genossin Grünberg = Nürnberg: über den Antrag der Augsburger Genossinnen kann man verschiedener Meinung sein. In Nürnberg wird die „Gleichheit“ allen Mitgliedern obligatorisch geliefert, wenn das aber für ganz Deutschland gesehen sollte, dann müßte zunächst einmal der Parteibeitrag für die Frauen erhöht werden. Eben ist derselbe von 10 auf 25 Pf. erhöht worden und dieser Sprung ist, denke ich, hoch genug. Außerdem beträgt die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ schon jetzt 55 000, während es doch nur 30 000 politisch organisierte Genossinnen gibt, das kommt daher, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen 120 000 beträgt, die größtenteils die „Gleichheit“ von der Gewerkschaft geliefert erhalten. Schließlich würden viele Genossinnen bei Annahme des Antrages Augsburg die „Gleichheit“ doppelt geliefert bekommen. Der Antrag Augsburg muß jedenfalls abgelehnt werden.

Genossin Raehler = Düsseldorf. Im Niederrheinischen Agitationsbezirk liefern wir die „Gleichheit“ allen Genossinnen gratis. Dafür bezahlen sie einen Monatsbeitrag von 30 Pf. Diejenigen Genossinnen, die sie von der Gewerkschaft bekommen, bezahlen nur 15 Pf. Beitrag, wenn das überall so gemacht würde, dann wären die Einwände der Genossin Grünberg hinfällig. Am besten wäre es, die Angelegenheit den Bezirks- und Kreisorganisationen zur Regelung zu übertragen.

Genossin Zeitlin = Stuttgart: Es ist gewiß sehr schwer für die große Masse der Proletarierfrauen abgesehen vom Parteibeitrag noch einen Abonnement für die „Gleichheit“ zu bezahlen, ich sympathisiere deshalb auch mit der Tendenz des Antrages Augsburg. Dennoch möchte ich vor seiner Annahme warnen. Wenn wir den Antrag annehmen, so würde für eine Reihe von Genossinnen ein Ruhefließen geschaffen sein, auf dem sie sich schlafen legen würden mit der Begründung, wir brauchen ja nicht mehr zu agitieren, die Genossinnen bekommen ja die „Gleichheit“ umsonst. Noch andere Gesichtspunkte sprechen gegen den Antrag Greiffenberg = Augsburg. Ich weiß, daß die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit“ an einem Orte gleichsam eine Quittung ist für den Preis und die Geschicklichkeit, mit der unsere Genossinnen an den einzelnen Orten arbeiten. Der Wert dieser Quittung würde mit der Annahme des Antrages Augsburg herabgesetzt werden. (Sehr richtig!) Dabei bildet die Kolportage der „Gleichheit“ das lebendigste und stärkste Bindemittel von Person zu Person. Und gerade dieses Bindemittel möchte ich nicht missen. Dem Wunsche nach einem Inhaltsverzeichnis der „Gleichheit“ will ich in Zukunft gern entsprechen. Den Wunsch nach einem Umschlag will ich dem Verlag gern unterbreiten. Zum Schluß kann ich noch den Wunsch aussprechen, daß die Mitarbeit der Genossinnen noch im Lande größer werde. Die „Gleichheit“ hat 1907 einen Überschuß von 15 000 Mk. erzielt. (Bravo.) Der Überschuß wäre bedeutend größer, wenn die Agitationsnummern nicht taubende Flugblätter und Merkblätter erfordert hätten. Schließlich soll ja die „Gleichheit“ nicht in erster Linie Überschüsse erzielen, sondern den Aufgaben zu entsprechen suchen, die die Genossinnen an sie zu stellen berechtigt sind. (Lebh. Beif.)

Nachdem die Genossinnen B a c k w i g = Dresden und N e h m i g = Bochum sich gegen den Antrag Augsburg erklärt haben, schließt die Debatte und der Antrag Augsburg wird abgelehnt.

Der Zentralvertrauensperson Genossin Baader wird Decharge erteilt, nachdem sie in einem kurzen Schlußwort sich noch einmal mit dem Genossen von Elm über die Anwendung des Terrorismus auseinandergesetzt hatte und gegenüber der Genossin Grünberg festgestellt hatte, daß nicht 30 000 organisierte Frauen, sondern 30 000 politisch organisierte Frauen vorhanden sind.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung: Die Neuorganisation der Genossinnen. Hierzu liegt folgender Vorschlag der Vertrauensperson vor:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Über das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaften in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen, wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisation noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierungen der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft. Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen, die Vertreterin der Genossinnen wird dem Parteivorstand angegliedert.

Außerdem liegt ein Antrag der Vereine für Frauen und Mädchen der Arbeiterklassen zu Berlin vor, wonach das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine für wünschenswert erklärt wird.

Die Referentin Genossin Zieg führt aus: Wir haben im letzten Jahr ein Reichsvereinsgesetz bekommen. Leider ist die Einheitlichkeit nicht im Zusammenhang mit der Freiheit erfolgt. Kleinen Verbesserungen steht eine ganze Reihe schlimmer Verschärfungen gegenüber. Hätten wir Genossinnen mitentscheiden dürfen, wir hätten dem Gesetz unsere Zustimmung nicht gegeben. (Sehr richtig!) Der reaktionäre Charakter dieser großen „liberalen Errungenschaft“ zeigt sich nicht nur in den Paragrafen gegen die jugendlichen und die fremdsprachlichen Arbeiter, sondern vor allem in den Bestimmungen, die die Polizeiherrschaft in Deutschland sanktionieren und sogar erweitern. Selbstverständlich müssen wir das Quentchen Freiheit, das uns das Gesetz bietet, nach besten Kräften unserer Bewegung nutzbar machen. Es ist selbstverständlich, daß wir gemeinsame Kampfsorganisationen zu schaffen haben. Was den Antrag Berlin anlangt, so haben die Frauenbildungsvereine als politische Vereine aufgehört zu existieren. Sie dürfen nur noch als Mittelpunkt des geistigen Lebens dienen, soweit es nicht in den Rahmen der Politik fällt. Sie dürfen keinen Ersatz für die politischen Vereine bilden. Bei der Stellung der Frau ist der Beitrag für die Frauen niedriger zu bemessen als der für die Männer. Es muß sich überhaupt für uns darum handeln, eine möglichst große Masse von Proletarierinnen organisatorisch und damit auch geistig zu fassen. (Beifall.) Das kann aber nur mit einem möglichst niedrigen Beitrag geschehen. Die politische Betätigung ist für die große Masse der Frauen noch Neuland, aber der Grundsatz, daß die Frau in der Gemeinde zu schweigen hat, hat heute keine Geltung mehr. Und wer diesen Grundsatz heute noch vertritt, verdient nicht den Namen Sozialdemokrat; diese Anschauung ist vielmehr ein ganz arger Phylisterdop. (Lebhafter Beifall.) Doch auch solche Anschauungen erben sich wie eine ewige Krankheit selbst in den Kreisen unserer Genossen noch fort. Weil diese Anschauungen auch noch unter den Genossinnen vielfach vertreten sind müssen wir sie an ihren verschiedenen Interessen fassen durch eine kluge Auswahl der Themen in den Versammlungen; durch eine Erörterung der Schulfragen müssen wir sie als Mutter interessieren, durch Besprechung des Arbeiterschutzes die Frau als Arbeiterin paken;

ihr Interesse als Hausfrau können wir wecken indem wir den Brot- und Fleischwucher beleuchten. Es muß auch Rücksicht darauf genommen werden, daß die Frauen durch ihre Hausarbeit an manchen Abenden, vor allem an Sonnabenden verhindert sind, Versammlungen zu besuchen. Besondere Frauenversammlungen sind auch deshalb notwendig, weil in die allgemeinen Volksversammlungen in erster Linie der Mann geht und einer von beiden muß bei den Kindern bleiben. Zweifellos kann auch eine Frau, die das Empfinden der rückständigen Frauen früher selbst durchgemacht hat, auf die Frauen einwirken. Wenn daher der Organisationsentwurf empfiehlt, daß überall Frauen in den Vorstand zu wählen sind, so soll damit den Genossinnen kein Sonderrecht eingeräumt werden (Sehr gut!), wie es zu meinem Bedauern im bayerischen Landtag zum Ausdruck gekommen ist. Eine Arbeitsteilung in diesem Sinne ist aber dringend notwendig, zumal auch die Parteigenossen im Vordergrund der Bewegung stehen und ohnehin überlastet sind. Diese weiblichen Vorstandsmitglieder sollen als eine Art Ersatz gelten für die bisherigen weiblichen Vertrauenspersonen, der Titel soll geändert, die Funktionen dieselbe bleiben. (Sehr gut!) Das historische Gewordene soll dem neuen Rahmen sinngemäß angepaßt werden. Gegen die besonderen Zusammenkünfte der Frauen in den Diskussionsabenden, wo sie zu überzeugten Sozialdemokraten erzogen werden sollen, hat man sich vor allem in Leipzig gewandt. (Widerpruch des Genossen Meyer.) Ich habe es in der „Leipziger Volkszeitung“ gelesen, wenn die sächsischen Genossen jetzt helle geworden sind, so ist mir das um so lieber. (Heifert.) Dieselben Gründe, die für eine besondere Agitation sprechen, sprechen auch für die besonderen Aufklärungsarbeiten bei den Zusammenkünften der Frauen, wo die Frauen in die Ideenwelt des Sozialismus eingeführt werden sollen. Wenn wir gegenwärtig in Hamburg ca. 4000 Frauen in den sozialdemokratischen Vereinen haben, dann ist das in erster Linie diesen besonderen Frauenzusammenkünften zu danken. Von der Heranziehung der Frauen zur politischen Mitarbeit profitieren auch nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer werden es nur begrüßen können, wenn die Frau ihre Ideale nicht nur begreifen, sondern auch für sie wirken könnte. Wenn man sich an einzelnen Orten dagegen wendet, so wurzelt das in einer gewissen Überschätzung des Parlamentarismus, die dazu beigetragen hat, daß die Tätigkeit unserer politischen Organisation vor allem darauf zugeschnitten ist, Wähler heranzubilden. (Sehr richtig.) Die Frauen aber haben keinen politischen Kurswert. (Sehr gut!) Von solch oberflächlichen Gesichtspunkten aber sollten Sozialdemokraten die Frage der Frauenorganisation nicht beurteilen. Dieselben Argumente sind wiederum ebenso geltend gemacht worden, auch nur glücklicherweise an wenigen Orten gegen die Frauenkonferenzen. Man sagt, die Fragen, die wir hier zu erörtern haben, könnten auch auf dem Parteitag erörtert werden. Wer diesen Standpunkt vertritt, verkennt den Wert der Frauenkonferenzen, die außerordentlich viel dazu beigetragen haben, das zu schaffen, was wir heute an geschulten Frauen haben. (Sehr richtig!) Durch die Frauenkonferenzen werden die Genossinnen miteinander bekannt und diese persönlichen Beziehungen sind für die Agitation sehr förderlich, wie das Genosse Weber einmal mit Bezug auf die Parteitage dargelegt hat. Die Parteitage aber können für die Frauen keinen Ersatz bilden, denn es werden doch nur immer verhältnismäßig wenig Frauen dorthin delegiert. Am einfachsten wäre ja die Regelung, wie sie in Leipzig getroffen worden ist, daß immer unter den zum Parteitag zu Wählenden eine Frau sein muß; aber ich weiß ja, daß das doch nicht durch geht. Wenn auf den Frauenkonferenzen aus unserem Parteiprogramm heraus besondere Fragen, die die Frauen interessieren, erörtert werden, so bilden die Frauenkonferenzen gewissermaßen den vorbereitenden Ausschuß zum Parteitag für diese besonderen Fragen. Auch ein vorzügliches Agitationsmittel würden wir durch die Frauenkonferenzen verlieren. Ich kann deshalb nicht glauben, daß der Parteitag ihr Aufhören beschließen wird. Die weitere Förderung unseres Organisationsentwurfs, daß das Bureau bestehen bleibt, hat auch in Hamburg Widerspruch gefunden. Das kann wohl nur auf einem Mißverständnis beruhen. Wie an den einzelnen Orten Genossinnen in den Vorstand zu wählen sind, so soll auch die Vertreterin aller Genossinnen dem Parteivorstand angegliedert werden. Damit hört natürlich die besondere Kasse auf. Die Mittel fließen in die gemeinsame Parteitasse. Ich bitte Sie daher, diesen Vorschlägen zuzustimmen und hoffe, daß auch der Parteitag ihn annehmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Dollmann = Halberstadt wendet sich gegen den Berliner Antrag in bezug auf das Bestehenlassen der Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine. Solche Vereine könnten ein Schmalwinkel werden für Genossinnen, die glauben in der Partei nicht voll zu ihrem Rechte zu kommen.

flache mit grünen Gläsern auf ihrem Tische stehen, der einzelne Gast aber trank Bier.

„Hallo, Doktor — das ist geistig, daß Sie kommen!“ rief ihm Schelling, der Apotheker von Saaldorf, entgegen, während der zweite der Besenden etwas verlegen aufstand und auf Doktor Spiegel zuging, um ihn zu begrüßen — es war Herr von Pic. Nur der dritte, Kapitän Helger von der Albertine, mit einem behäbigen, sonnenverbrannten Gesicht und kleinen stehenden Augen, blieb ruhig sitzen, nickte den Anstommenden freundlich zu und sagte lachend, indem er ihm einen Stuhl mit dem einen Fuße herbeischiebte:

„Kommen Sie an Bord, Doktor, wir wollten eben nach Ihnen hinüber signalisieren lassen. Siegen nun hier wohl schon über eine Stunde bei, mit allen Segeln baar, und treiben nach Lee zu, daß es eine Art hat.“

„Sieber Doktor“, sagte von Pic, des Freundes Hand ergreifend und mit leiser, nur ihm verständlicher Stimme, ich warte hier noch auf Johnson — unsern Engländer. Er hat mir versprochen, um fünf Uhr hier zu sein — es ist mir lieb, daß ich Sie noch sehe.“

Der Doktor drückte ihm bloß die Hand, wobei er freilich einen flüchtigen Blick nach den Rheinweinflaschen warf, doch lenkte der Kapitän bald seine ganze Aufmerksamkeit auf sich, indem ja sein Hauptweck, weshalb er herübergekommen, der gewesen war, ihn zu finden und ihm den Deutschen vorzupellen.

„Ach, mein lieber Kapitän“, rief er, auf ihn zugehend und ihm die Hand drückend, freue mich herzlich, Sie einmal wieder auf vernünftigem Grund und Boden begrüßen zu können!“

„Nun, wie ist's Doktor“, — lachte dieser, nicht einmal wieder Lust, so eine kleine Kapitän zu machen, heh?“

„Danke tausendmal, Kapitän“, rief aber der Doktor — allen Respekt vor Ihrem Schiff, aber das Salzwasser soll der Teufel holen!“

„Na, wenn Sie so denken, dann wundern's mich, daß Sie hier in Saaldorf sitzen bleiben“, lachte der Seemann. „Sind Sie denn hier etwas anders? Ihr Kaffee schmeckt falsch, und Ihr Thee, selbst das Bier; und ein Glas Wasser ist man gar nicht ins Lande hinunterzubringen, außer vielleicht, wenn es sein mag, als Kur.“

„Oh, so schlimm ist es auch nicht!“ rief der Apotheker, — ein bißchen kratzig schmeckt's — das ist wahr.“

„Ja, wenn man ein Glas auf dem Ofen verdunstet

läßt, hat man am andern Morgen daumenbreit Salz unten drin“, rief der Kapitän, während die andern lachten.

„Kapitän“, sagte da Doktor Spiegel, ich habe das Vergnügen, Ihnen hier Herrn Doktor Schreiber aus — ich weiß jetzt wahrhaftig selber nicht einmal, woher Sie stammen.“

„Kommt auf die Flagge nicht an, wenn wir nur den Handgriff zum Menschen, den Namen, haben“, unterbrach ihn treuherzig der Seemann, — aber bitte, setzen Sie sich doch, meine Herren, oder ich muß sonst auch aufstehen — ja so, wollen erst noch ringsherum salutieren — na, da schießen Sie los!“

Herr Apotheker Schelling von Saaldorf — Herrn von Pic kennen Sie — ah, und hier unsern wackern Ornithologen, Herrn Breyfeld, von dem ich Ihnen schon vorhin erzähle habe.“

„So — wenn Sie nun bald klar sind“, sagte der Kapitän, der indessen ungeduldig mit dem Kopfe geschüttelt hatte, so kommen Sie einmal hier vor Anker, und da — Sie, Kellner, noch ein paar Gläser für die Herren — unser Nachbar da drüben will keinen Wein trinken.“

„So, lieber Kapitän, nun seh' ich ganz zu Ihren Diensten.“

„Seid Ihr weisäufiges Volk am Land“, — lachte der Seemann.

„War im Augenblick abgemacht, lieber Kapitän, und nun zu Geschäftssachen. Dieser Herr hier wünscht gern eine Riste mit Vogelbälgen — schlägt in Ihr Fach, lieber Breyfeld, nach Deutschland zu verschiffen, und da hab' ich ihm Sie und Ihr Schiff empfohlen; Sie wären gewiß so freundlich —“

„Wollen ihm das besorgen“, nickte der Seemann, „brauchen sie nur mit Adresse an Bord zu schicken.“

„Aber wissen Sie, lieber Kapitän, daß die Sachen nicht naß werden — es sind Vogelbälge.“

„Und wenn's Ruppenbälge wären — lassen ja doch die Gesandte nicht an Bord herumstehen. Aber nun hören Sie mit dem langweiligen Kram auf — Kellner, geben Sie uns gleich noch eine Flasche von derselben Sorte — verstanden?“

„Wann denken Sie wohl zu segeln, Kapitän?“ frug jetzt auch Mac Donald den Seemann, der eben die leergeputzten Gläser wieder füllte. Dieser zuckte die Achseln.

„Unbestimmt, Bester — hoffe in acht Tagen klar zu werden, wenn die Fracht prompt an Bord kommt. Sind aber noch Kupfererze von der Burra-Burra-Mine unterwegs, und die Wege schlecht. Länger wie vierzehn Tage warte ich aber keinesfalls. Was da nicht an Bord ist, mag da bleiben.“

„Also denn glückliche Fahrt, Kapitän!“ rief Doktor Spiegel, sein Glas erhebend. „Ruhig Weiter und keinen Sturm!“

„Hol' Sie der Hente mit Ihrem Wunsche!“ lachte der Seemann, sein Glas zurückhaltend — „wünschen mir wohl gar vier Monate Windstille? Meinemwegen mag es wehen, so schaff es will, nur aus dem Loch, von woher wir's gerade brauchen, und wenn wir auch die ganze Reise vor gereisten Segeln laufen müßten. Darauf trink' ich mit.“

Die Gäste stießen miteinander an, als die Tür aufging, und ein sehr junger Mann, der kaum einundzwanzig Jahre zählen konnte, mit einem blonden, kaum sichtbaren Flaumbartchen, mit Reitbofen und Sporen und Reitpeitsche, die Korpemüge aus der Studentenzzeit mit einem Sturmband festgehalten, hereintrat und schon in der Tür ein Glas Bier bestellte.

„Guten Abend, meine Herren!“ sagte er dabei, während er Müge und Reitpeitsche auf einen benachbarten Tisch und sich selber, wie zum Lobe erschöpft, in einen Stuhl warf. Die anderen erwiderten den Gruß, nur der Apotheker trank langsam an seinem Glase und murmelte einen halbhaften Fluch über den perlenden, funkelnden Wein.

„Guten Abend, Doktor Fiedel!“ sagte Spiegel, über die Schulter nach ihm hinübersehend.

„Auch ein Doktor?“ murmelte der Kapitän halb laut dem Apotheker zu. — „Hier wimmelt's ja ordentlich davon.“

„Der ist seiner Mutter weggelaufen“, brummte Schelling, „könnte eher einen Fallth wie Sporen tragen, und einen Zulp statt der Reitpeitsche. Hier kann er trinken.“

„Noch ein Glas, Kellner“, sagte der junge Mann, wie um diese Worte zu bestätigen, indem er das kaum vor ihm hingefetzte mit einem Zug leerte. „Donnerwetter, Doktor Spiegel, heute hätten Sie bei mir sein sollen, da konnten Sie Stoff für Ihren Roman sammeln. Abenteuer die Halle und Fülle!“

(Fortsetzung folgt.)



In der weiteren Diskussion wird u. a. dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß für die zweite unbedingt notwendige Vertretung der Genossinnen im Parteivorstand die Genossin Pötz-Damburg vom Parteitag gewählt werden möchte. Hieran wurden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

### Zweiter Verhandlungstag.

München, den 12. September 1908.

Aus der gestrigen Debatte über die Organisationsfrage ist noch folgendes nachzutragen.

Genossin W a c k e l s - Dresden: In dem Entwurf sollte im Absatz 2 statt „unabhängig von“ gesetzt werden „neben den“. Das klingt in der Form etwas mißlich. Weiter möchte ich im Absatz 4 ausgesprochen haben, daß weibliche Mitglieder, die dem Vorstand angegliedert werden sollen, auf ihre Fähigkeit zu prüfen sind. (Lebhafte Widerpruch.) Die Frauenkonferenzen müssen bestehen bleiben, sie leisten eine ungeheure Vorarbeit für den Parteitag.

Genossin D u n c e r: Ich bin im großen und ganzen mit dem Entwurf einverstanden und vor allem auch mit dem niedrigen Beitrag der Frauen. Dieser Beitrag wird zumal dann, wenn die Frau nicht mit verdient, vielfach als eine Doppelbesteuerung der Familie aufgefaßt. Besondere Frauenversammlungen sind dringend notwendig, nicht nur weil es Thematika gibt, die die Frauen als solche interessieren, sondern auch, weil Fragen, die beide Geschlechter interessieren, doch von den Frauen in ganz anderer Weise angefaßt werden. Die Frauen gehen meist von der praktischen Seite des Lebens aus. An diese müssen wir anknüpfen, wenn wir sie packen sollen, und wir können von da aus auch sehr gut Brücken schlagen zu der Theorie. Besondere Frauenversammlungen sind auch notwendig, weil die Männer es meist für eine Herabwürdigung ansehen, wenn man ihnen zumutet, bei den Kindern zu bleiben und einmal die Frauen in die Versammlung gehen zu lassen. Sehr gewundert habe ich mich, daß gerade die Leipziger sich gegen die Frauenbildungsabende erklärt haben. Genosse Seyer bestritt das zwar, aber ich habe in der „Leipziger Volkszeitung“ die Berichte darüber gelesen, ich habe auch zahlreiche Kammerbriefe von den Leipziger Genossinnen bekommen. Für das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine bin ich nur in dem Falle, daß sie schon lange existieren und das Herz der Genossinnen an ihnen hängt. Einen Befähigungsnachweis für die Genossinnen, die in die Verwaltung kommen sollen, brauchen wir ebensowenig zu verlangen, wie ein solcher von den Genossen verlangt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Es würde sehr schwierig sein, dann noch eine Frau zu finden, die von der Ansicht der Genossen aus die nötige Befähigung hat. (Heiterkeit und: Sehr richtig!) Ältere Genossinnen, die durch die Unannehmlichkeiten, welche die ersten Anfänge der Frauenbewegung mit sich gebracht haben, verbittert sind, sollten wir allerdings nicht in die Verwaltung entsenden, denn wenn diese Genossinnen auch sehr tüchtig sind, so liegt doch die Gefahr vor, daß sie mehr verderben, als gut machen, indem sie in jeder kleinen Anspielung eine Spitze sehen. (Sehr wahr!) Die Delegation zum Parteitag sollte ein für allemal geregelt sein, am besten so, daß, wenn die Zahl der organisierten Frauen eine bestimmte Höhe erreicht hat, jedesmal eine Genossin delegiert werden muß. (Bravo!)

Genossin W a d e r: Die neuen Aufgaben der Zentralfstelle der Frauen werden so vielseitig sein, daß eine Person die Agitation nicht mehr zu leisten vermag. Mindestens zwei Genossinnen müssen dem Parteivorstand angehören. (Beifall.) Wenn sich unsere Bewegung ausdehnt, würden wir natürlich auch mehr Mitglieder im Parteivorstand beanpruchen. (Lebh. Zustimmung.)

Genossin Z e t t i n: Unser Verlangen nach zwei vollwertigen Kräften im Parteivorstand ist sachlich durchaus gerechtfertigt durch den Umfang, den unsere Frauenbewegung genommen hat und durch den Anteil, den sie an allen Parteiationen nimmt. Noch mehr aber durch das, was die Frauenbewegung in Zukunft auf Grund der neuen Organisationsform leisten wird. (Sehr richtig!) Eine Hilfskraft kann das nicht leisten, dazu gehört eine Genossin, die mit unserer Frauenbewegung von Anfang an verwachsen ist. (Lebh. Beif.)

Heute nimmt in der fortgesetzten Diskussion zunächst das Wort

Genossin S c h l ö s s e r - Braunschweig und bedauert, daß manche Genossen und leider auch solche in leitender Stellung für die Frauenagitation so wenig Verständnis zeigen. (Sehr richtig!) So auch in Braunschweig. Als die Frauen ihren Bildungsverein auflösen mußten, wurde ihnen die Abhaltung von Frauenversammlungen zugesagt, die Zusage aber nicht gehalten. Und doch sind sie eine absolute Notwendigkeit für die Agitation. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin W o p p - Wien: In Österreich steht die große Masse der Frauen leider noch immer im Bann des Merkantilismus, aber trotzdem geht es vorwärts, wir erobern eine schwarze Burg nach der anderen. Die Frage der Frauenkonferenzen ist auch für uns brennend. So sehr wir auch für Gleichheit zwischen Mann und Frau sind, so kommen wir doch darüber nicht hinweg, daß die Verhältnisse für die Frau doch anders liegen und andere Mittel zu ihrer Aufklärung erforderlich sind, als für den Mann. Wir werden jedenfalls unsere Frauenkonferenzen, die wir alle zwei Jahre vor dem Parteitag abhalten wollen, nicht aufgeben. Unserem Kampfe für das Frauenwahlrecht setzen sich dieselben Widerstände wie in Deutschland entgegen. Die ganze reaktionäre Horde heult: unsere Frauen brauchen das Wahlrecht nicht, sie wollen es nicht, sie verzichten. Nun, wenn die besitzenden Klassen es nicht brauchen, die Arbeiterfrauen sagen: Wir tragen die Last der Arbeit, wir tragen die Last der Steuer, wir tragen die Last der Steigerung der direkten und indirekten Steuern mit unseren Männern gemeinsam, wir wollen auch das politische Recht, das Wahlrecht mit unseren Männern teilen. (Beifall.)

Genossin W o l l e n d e r - Leipzig: Die Leipziger Genossinnen sind der Frauenbewegung im weitesten Maße entgegen gekommen. So bekommen wir die „Gleichheit“ unentgeltlich geliefert. Widerpruch bei den Genossen findet nur die Bestimmung der neuen Organisationsform, daß die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl im Vorstand vertreten sein müssen. Die Genossen wenden ein, daß es in den ländlichen Kreisen besonders an geeigneten Kräften unter den Frauen für ein Vorstandsamt fehlen wird. Wenn das der Fall sein sollte, so liegt die Schuld einzig an den Genossen, die es veräumen, ihre Frauen heranzubilden. (Sehr richtig!)

Genossin G r e i f f e n b e r g - Augsburg empfiehlt gleichfalls die neue Organisationsform. In Augsburg ist uns von den Genossen Stz und Stimm im Ausschuß eingeräumt worden. In einer Sektion ist von den Männern eine Frau als Sektionsleiterin gewählt worden. Das ist manchen Leuten nicht recht. Ein leitender Genosse in Augsburg erklärte nach dieser Wahl: Seid Ihr denn schon so weit gekommen, daß Ihr ein Frauenzimmer dazu nehmen müßt? (Hört, hört! Anruhe.) Wir verlangen von den Genossen unser Recht, und das besteht darin, daß man Genossinnen, die befähigt sind, in den Vorstand beruft. Öffentlich findet unser Organisationsplan auf dem Parteitag Annahme.

Wir müssen auf zwei Plätze im Parteivorstand Anspruch erheben und unsere Frauenkonferenzen beibehalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin K a h n e r - Magdeburg: In Magdeburg sind fast alle Mitglieder des Frauenbildungsvereins in die politische Partei übergetreten. So sollte es überall gehalten werden, um eine einheitliche Organisation durchzuführen. (Bravo!)

Genossin S c h l o m e r - Lübeck: Der niedrigere Beitrag für die Frauen ist durch die Verhältnisse begründet. Auch Frauen, die selbständig erwerbstätig sind, verdienen bekanntlich sehr viel weniger als die Männer. Durch die Einrichtung besonderer Frauenversammlungen haben wir in Lübeck die Zahl der organisierten Frauen in drei Jahren von 20 auf 230 vermehrt. In Orten, wo die Frauenbewegung schon einigermaßen vorgeschritten ist, sollte auf jeden Fall eine Frau in den Vorstand gewählt werden, um die besonderen Aufgaben der Agitation für die Frauen zu übernehmen. Gerade wo noch wenige Frauen organisiert sind, müssen wir eine Frau im Vorstände haben, die das nachholt, was bisher auf dem Gebiete der Frauenagitation veräumt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Dort, wo noch fast gar keine Frauen organisiert sind, sollte einem männlichen Mitgliede des Vorstandes, das sich besonders der Frauenagitation widmet, möglichst eine Frauenkommission zur Seite gestellt werden. Bei der Ausbreitung unserer Bewegung müssen wir zwei Frauen im Parteivorstand unter allen Umständen verlangen. Ich empfehle Ihnen, mit aller Kraft und Begeisterung dafür einzutreten, daß eine Frau wie die Genossin Zieg in den Parteivorstand gewählt wird, die unser Vertrauen besitzt und die befähigt ist, in großzügiger Weise die Agitation unter den Frauen zu leiten. (Bravo!)

Genossin W a u m a n n - Altona hält die Zustimmung zu den Vorschlägen der Genossin Zieg für durchaus notwendig. Die Frauen haben bei ihrer Agitation ihre besonderen Erfahrungen gemacht und die Gegner der besonderen Frauenorganisation kennen offenbar die Verhältnisse nicht. (Sehr richtig!) Auch der Vorschlag der Genossin Waaber, zwei Frauen in das Vorstandsbureau zu schicken ist eine absolute Notwendigkeit. Es werden immer mehr Anregungen von den Frauen kommen, und die Arbeit der Zentralfstelle wird weit ausgiebiger werden müssen.

Genosse D a b e r l a n d - W armen: Wenn die Genossen der Agitation der Frauen vielfach zweifelnd gegenüberstehen, so ist das nicht böser Wille, sondern sie sagen sich, daß es schon schwer fällt, die Männer zu organisieren, es bei den Frauen noch schwerer sein wird. In den großen Kreisen sind die Genossen nicht gegen die Frauenbewegung. Wir wollen keine schematische Gleichberechtigung, sondern wir wollen ganz allgemein, daß die Frau soviel als möglich an den Veranstaltungen der Männer teilzunehmen hat. Was den Mangel an fähigen Genossinnen anlangt, so ist bisher auch das Problem noch nicht gelöst, nur absolut fähige Genossen in den Vorstand zu wählen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir glauben, daß diese Organisationsvorschläge im großen und ganzen angenommen werden können. Aber gegen die Anträge auf weiteren Fortbestand von Frauenbildungsvereinen habe ich ein Bedenken. Es besteht die Gefahr von Neugründungen und diese müssen auf jeden Fall ausgeschlossen werden, sonst kommen wir zur Kräftezersplitterung, zu separatistischen Bestrebungen. Wir müssen so schnell wie möglich organisieren, denn die herrschenden Klassen gehen dazu über, die Frauen als Stornobuch gegen die moderne Arbeiterbewegung mobil zu machen. (Sehr richtig!) Je stärker die Genossinnen zu uns stoßen, umso mehr Furcht und Scheid wird in unsere politische Bewegung kommen. Mehr Enthusiasmus, mehr Idealismus, den die Genossen heute hier und da vermissen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Z e t t i n begrüßt hierauf den im Auftrage des Parteivorstandes erschienenen Genossen Singer.

Genosse S i n g e r (mit Beifall begrüßt) überbringt namens des Parteivorstandes der Frauenkonferenz herzlichste Grüße. Wir sind stolz auf unsere Frauenbewegung, die bisher politisch rechtlos aus reinem Enthusiasmus für unsere große Sache arbeitsfreudig und erfolgreich tätig war. (Lebhafte Beifall.) Die Genossinnen können an Arbeit und Eifer getrost mit den Genossen konkurrieren, ja, an manchen Orten übertreffen sie die Genossen. Der volksfeindliche Charakter des neuen Vereinsgesetzes kann uns nicht davon abhalten, die wenigen Vorteile, die es bringt, für uns auszunützen. Daß Sie dazu entschlossen sind, dafür bürgt die Arbeit, die Sie unter den bisherigen noch schwierigeren Verhältnissen geleistet haben. Was wir im Parteivorstand an der Frauenbewegung als besonders erfreulich ansehen, ist die prinzipielle Festigkeit mit der sie arbeitet, ist die Tatsache, daß sie über die Erwerbsverhältnisse des Tages unser Endziel, die Befreiung des Proletariats nie aus den Augen verliert. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Z e t t i n: Wir danken dem Parteivorstand und der gesamten Partei für die Anteilnahme und Sympathie an unserer Arbeit. Ich kann versichern, daß wir nach wie vor mit der Sozialdemokratie eins sein werden in dem Wollen und Handeln, diese verfaulende und vermorrende Gesellschaft möglichst bald dem Ortus zu überliefern. (Lebhafte Beif.)

Genosse M ü l l e r - Berlin: Die gemeinsamen Vorschläge des Parteivorstandes und der Vertreterinnen der Genossinnen Deutschlands haben im großen und ganzen hier Zustimmung gefunden. Daß auch in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden, halte ich — ich spreche allerdings nur für meine Person, weil der Parteivorstand noch keine Stellung genommen hat — für ganz selbstverständlich. Die Tagesordnung des Parteitages ist ohnehin so überlastet, daß man ihm nicht noch die spezielle Frauenagitation übertragen könnte. Natürlich können die Frauenkonferenzen dann keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern es kann sich nur darum handeln, auf ihnen zu debattieren und dem Parteitag Vorschläge zu machen. Es ist hier der Wunsch ausgesprochen worden, zwei Frauen in den Vorstand zu delegieren. Ich weiß nicht, wie der Parteitag über diese Frage denkt. Manche Gründe dafür lassen sich gewiß hören, aber selbst unter den Frauen ist eine Strömung vorhanden, die diese Gründe nicht gelten lassen will. Wahrscheinlich wird sich die Mehrheit des Parteitages auf den Standpunkt der getroffenen Vereinbarungen stellen und den Parteivorstand nur um ein weibliches Mitglied vermehren. Es war nach meiner Ansicht nicht gut, diese sachliche Frage mit der Personenfrage zu verquickeln. Nachdem es aber geschehen ist, kann ich nur sagen, daß uns sowohl die Genossin Waaber als auch die Genossin Zieg ans Herz gewachsen sind. Es wird nur wenige Männer geben, die wie diese beiden Genossinnen mit den Parteiverhältnissen vertraut sind. Wir würden die Genossin Waaber wie die Genossin Zieg im Parteivorstand sicher mit offenen Armen empfangen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin D e u e r - Hamburg: Wir stehen zwar auch auf dem Standpunkt, daß wir uns gemeinsam mit den Männern zu organisieren haben, aber wir halten es für notwendig, daß wir innerhalb der Partei doch noch für die Frauen besondere Bildungsbestrebungen veranlassen müssen.

Genosse v. E l m: Der neue Organisationsentwurf geht von dem Grundgedanken aus, daß die Mehrzahl der Männer (Beifall.) Das ist ein nach den Erfahrungen aber durchaus nicht berechtigtes Mißtrauen. Sie wollen die

Entscheidung über das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine den Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte überlassen. Wozu wollen Sie das noch besonders bestimmen? Wo die Genossen und Genossinnen uneins sind, haben die Genossen doch die Mehrheit. Jetzt, wo die Möglichkeit besteht, die Frauen der Partei anzugliedern, sollte man das konsequent durchführen und nicht hinterlistig aufmachen, wie Haberland es mit der Empfehlung der Angliederung der Frauen als besondere Sektionen getan hat. Das würde einen heillosen Wirrwarr geben. Frauenkonferenzen werden gewiß auch in der Zukunft noch notwendig sein, aber man überlasse doch darüber die Entscheidung dem Parteivorstand. Es muß der Eindruck vermieden werden, als ob die Frauenbewegung eigentlich über der Gesamtbewegung stehe. Ich beantrage die Streichung der Bestimmungen in dem Organisationsvorschlag über die Delegationen zum Parteitag. Sie werden damit motiviert, daß die Frauen dort etwas lernen könnten. Nun gerade in der letzten Zeit hat man doch immer betont, daß auf die Parteitage nur urteilsfähige Leute geschickt werden dürfen, um einen Ausbruch des Willens der Gesamtpartei zu ermöglichen! Auch wenn es nicht festgelegt wird, können Sie dahin wirken, daß in den Wahlkreisen, die mehrere Delegierte zum Parteitag schicken, eine Frau delegiert wird. Lassen Sie alle Vorschriften beiseite und erkennen Sie an, daß wir Männer bereit sind, mit Ihnen zusammen zu arbeiten und Ihren Gründen Gehör zu schenken.

Genossin W a n g e l s - Berlin: Wenn Genosse v. Elm sich gegen einen Zwang für die Bildung besonderer Frauenzusammenkünfte ausgesprochen hat, so könnte die Fassung dieses Passus dahin gemildert werden, daß man statt „sind zu bilden“ sagt „können gebildet werden“. Aber die Wahl von Frauen in den Vorstand werden sich schon die männlichen und weiblichen Genossen an den einzelnen Orten verweigern. Aber ein scharfes Wort gegen die Frauenbewegung sollte sich die Genossin Greiffenberg nicht so ärgern. Würden wir alles erzählen, was uns in Berlin gesagt wird, dann würden Sie staunen. (Heiterkeit.) Natürlich dürfen wir in die Vorstände nur die tüchtigsten und besten Frauen schicken. (Sehr richtig!) Den Vorschlag des Genossen Haberland, die Frauenbildungsvereine als Sektionen den Wahlvereinen anzuschließen, halte ich für ganz unmöglich.

Genossin R e i c h e - Bremerhaven: Öffentlich werden nunmehr die allgemeinen Parteiveranstaltungen von den Frauen besser besucht als bisher! Das ist die Hauptsache.

Genossin G r ü n b e r g - Nürnberg: Wir in München und Nürnberg arbeiten mit den Parteigenossen sehr harmonisch zusammen und ich möchte nicht, daß draußen nach den Ausführungen der Genossin Greiffenberg der Eindruck erweckt wird, Bayern sei gegen die Frauenorganisation. Was die Frauenbildungsvereine anlangt, so bin ich der Ansicht, daß große derartige Vereine, die seit längeren Jahren bestehen, nicht ohne weiteres aufgelöst werden können. Natürlich entbehrt die Mitgliedschaft in Frauenbildungsvereinen keine Genossin der Pflicht, Mitglied des Wahlvereins zu sein. (Sehr richtig!)

Genossin K ä h l e r - Düsseldorf: Der Organisationsentwurf erfüllt mich mit großer Freude, denn er enthält nur das, was wir am Niederrhein längst durchgeführt haben. In der Theorie ist der Standpunkt Gims wunderschön. Wäre er verheiratet (große Heiterkeit) und hätte das Haus voll Kinder, dann würde er anders denken. Was nun die Frauenbildungsvereine anbetrifft, so sollte man den Mittelweg finden, die gutgeleiteten sollen es sich bis zur nächsten Konferenz überlegen, ob sie bestehen bleiben oder nicht.

Die Diskussion wird geschlossen.

Genossin Z i e g (Schlußwort): Nur der Genosse von Elm hat Widerspruch gegen den Organisationsvorschlag erhoben. Ich weiß nicht, wie er zu der Anschauung kommt, der Grundgedanke des Organisationsentwurfs sei der, daß alle Männer Esel seien. Wir wollen Arbeitsteilung schaffen und frühere Geminnisse beseitigen, weiter nichts. Daß es die Pflicht jedes Parteigenossen ist, seine weiblichen Angehörigen der Partei zuzuführen, ist selbstverständlich. Aber zwingen können wir niemand. Die Genossin Reich hat es gut gesagt, die Genossinnen sollten in die allgemeinen Abende gehen. Sie ist nicht erwerbstätig und hat keine Kinder. Aber deswegen darf sie doch nicht den anderen, die in anderen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, diese Möglichkeit nehmen. Aber die Frage, ob im Bureau und in den Parteivorständen zwei vollwertige Genossinnen sitzen sollen, sage ich, nachdem mein Name genannt ist, kein Wort. Wir müssen alle Quellen erschließen, die der Aufklärung der Frauen dienen können. Dann werden auch diese Beschlüsse zu Ruh und Frommen der Gesamtarbeiterschaft ausschlagen. (Beifall.)

Der Abänderungsantrag v. Elm wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen wird der Antrag Waaber, falls der Parteitag es sanktioniert, daß das Frauenbureau weiter besteht, es mit zwei Genossinnen mit gleichen Rechten zu besetzen, gegen sechs Stimmen angenommen.

Der Organisationsentwurf selbst wird dann en bloc gegen drei Stimmen angenommen, ebenso die Resolution Berlin auf Bestehenbleiben der Frauenbildungsvereine.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst das Referat über den dritten Gegenstand der Tagesordnung: Die sozialistische Erziehung der Jugend a) „Die Erziehung im Hause“ entgegengenommen.

Referent Genossin D u n c e r: Durch die ausführlichen Referate des Genossen Schulz und der Genossin Zettin auf dem Mannheimer Parteitag sind mir für mein heutiges Referat gewisse Grenzen gezogen. Ich will mit Rücksicht auf jene ausführlichen Vorträge die Frage ausschließen, ob die Familie bei der Umformung, die durch die Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse bekommen hat, noch als wichtiger Erziehungsfaktor betrachtet werden kann und auch die Frage, wie weit die Familie unter den obwaltenden sozialen Verhältnissen den Anforderungen, die wir an die Kindererziehung stellen müssen, gerecht werden kann. Auch will ich auf die Fragen der geschlechtlichen Aufklärung der Kinder und ihrer Lektüre heute nicht eingehen, um nicht Gesagtes zu wiederholen. — Wenn Erziehung im allgemeinen eine planmäßige Einwirkung erwachsener Menschen auf die heranwachsenden ist, so entsteht die Frage, ob die Eltern nicht schon vor der Geburt des Kindes einen gewissen erzieherischen Einfluß ausüben können. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß geschlechtliche Ausschweifungen und Alkoholgebrauch der Eltern eine geistige und körperliche Entartung des Kindes zur Folge haben können und daß auch die körperliche und geistige Verfassung der Eltern im Augenblick der Zeugung und die Verfassung der Mutter in der Zeit der Schwangerschaft von sehr verhängnisvollen Folgen für die Nachkommenschaft werden kann. Die Kenntnis dieser Tatsachen legt uns Pflichten auf, die um so zwingender werden, je mehr wir uns sozialistische Weltanschauungen und Ethik zu eigen gemacht haben. Die Eltern sind nach unserer Auffassung der Gesellschaft verantwortlich für die Qualität der Kinder. Die erste Erziehung an dem lebenden Kinde muß zur Grundlage eine genaue Kenntnis des Kindes haben. Auch Kinder derselben Eltern können bekanntlich außerordentlich verschieden sein. Weiter muß die Erziehung ein bestimmtes Ziel haben, das wir der Sittenlehre entnehmen müssen. Diese ist jedoch nicht absolut feststehendes, sie wandelt sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Das auffretende



Proletariat hat andere sittliche Ideale als das Bürgertum. Während für das Bürgertum die Ausbildung des einzelnen Individuums das höchste Ideal war, steht dem Sozialismus die Gesamtheit über dem Individuum. Natürlich wollen auch wir die möglichste Entwicklung aller Kräfte und Fähigkeiten des Individuums, aber nicht um des Individuums willen, sondern um der Gesamtheit willen. Wir fragen: was für Menschen braucht unser Kampf und die Gesellschaftsordnung, die wir erstreben? Und die Antwort darauf ist: Wir brauchen Menschen mit klarem, folgerichtigem, klassenbewußtem Denken, mit starkem Gerechtigkeitsgefühl, mit sozialem Empfinden, mit festem Willen und solidarischem Handeln. Sehr wichtig für die Erziehung ist die Tatsache, daß ein außerordentlich großer Teil der Vorstellungen, mit denen der Geist später arbeitet, im vor-schulpflichtigen Alter gebildet wird. Dazu kommt, daß die heutige Schule nicht entfernt das leistet, was wir von ihr verlangen, insbesondere im Religionsunterricht fällt sie auf Schritt und Tritt in die natürlichen Zusammenhänge zwischen Grund und Folge. Überall, wo es möglich ist, sollten wir daher die Kinder diesem Religionsunterricht entziehen. (Sehr richtig!) Ich habe in dieser Hinsicht lange geschwankt, aber jetzt habe ich mich zu dieser Anschauung durchgerungen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn die Schule die Autorität der Eltern nicht achtet, wir keine Verpflichtung haben, die Autorität der Schule zu achten. (Erneute Zustimmung.) Wenn mein kleiner nach Hause kam und mich fragte, ob es einen Gott gibt, dann habe ich ihm gesagt: Gewiß, es gibt Tausende von Menschen, die an einen Gott glauben. Aber blicke einmal nach Russland. Dort verhungern täglich Hunderte und Tausende. Wäre das möglich, wenn es einen allgütigen und allmächtigen Gott gibt, der alles Unheil verhindern könnte. Aber nicht nur gegen den Religionsunterricht sollten wir uns wenden, denn auch der übrige Unterricht ist reichlich mit religiösen Stoffen getränkt. (Sehr richtig!) Was können wir nun den Kindern als Ersatz bieten? Vereitete Genossen antworten, man könne die Kinder doch auch nicht das sozialdemokratische Parteiprogramm auswendig lernen lassen. Wer das sagt, vergißt, daß der Sozialismus nicht nur ein politisches Programm, sondern eine Weltanschauung ist. (Sehr richtig.) Natürlich können die Kinder in den Familien nur dann zu sozialistischem Denken erzogen werden, wenn die Eltern selbst wissen, was Sozialismus ist, wenn sie den Wert der menschlichen Arbeit erkennen. Und da sieht es noch in vielen Familien sehr schlimm aus. (Sehr richtig!) Wie oft hört man von Arbeitereltern in Gegenwart ihrer Kinder die Worte: mein Kind soll einmal etwas Besseres werden als Arbeiter. Und dann werden die Kinder hineingepöpst in die Beamtenkarriere, wo ihnen nicht nur der Zusammenhang mit der Arbeiterklasse vollkommen verloren geht, sondern wo sie sich direkt ihrer Herkunft schämen müssen. (Sehr richtig!) Klassenbewußtsein heißt nicht Klassenhaß gegen die Angehörigen der anderen Klassen, sondern Klassenbewußtsein heißt Stolz auf die eigene Klasse. (Beifall.) Diesen Stolz wollen wir unseren Kindern beibringen, damit sie den Wert der menschlichen Arbeit als die Quelle aller Kultur erkennen lernen. (Sehr richtig!) Hinweg deshalb mit den dynastischen und patriotischen Liedern und hinein in die Arbeiterfamilien mit den Arbeiterliedern, wenn sie auch manchmal tertiär zu wünschen übrig lassen. Die Familie als kleinste soziale Einheit muß in den Kindern den Solidaritätsgedanken hegen und pflegen und sie kann das, vorausgesetzt natürlich, daß Gerechtigkeit und Harmonie in ihr herrscht. Auch in Proletariatsfamilien hört man leider vielfach: Mit dem darfst du nicht spielen, der ist schmutzig oder unartig. Das schafft Selbstüberhebung und vernichtet das Solidaritätsgedanken. Freilich dürfen die Eltern auch nicht durch Klatschereien und böshinige Erzählungen über Nachbarn ein schlechtes Beispiel geben. Familiengedanken sind aber noch nicht Solidaritätsgedanken. Sie können in schroffen Gegensatz treten. Für den kleinbürgerlichen Handwerker, den Bauern und auch noch für den bodensässigen Arbeiter vielfach gelten nur die Bande der Blutsverwandtschaft oder Nachbarschaft; für das moderne Fabrikproletariat sind diese Bande längst zerfallen. Das gemeinschaftliche Schicksal, die gemeinschaftliche Klassenlage bindet. Da ist die Blüte der neuen sittlichen Forderung erwachsen, die Forderung der Solidarität mit der Weihnachtsgeschenke der Kinder der Grimmitzhauer Weber usw. Wer heute der Gebende ist, der ist morgen der Nehmende, und das hebt diese Solidarität der Arbeiter über die bürgerliche Nächstenliebe, der doch etwas von Bettelstuppe anlehnt. Starke Charaktere wollen wir erziehen, und in der Behandlung des Eigensinns der Kinder wird leider nach beiden Seiten gefehlt. Sich zum Sklaven kleiner launenhafter Tyrannen machen, heißt zur Willkür erziehen. Auch die Mütter haben gewissermaßen ein Anrecht auf eine gewisse Freiheit. Aber es ist auch falsch, den Eigenwillen unter allen Umständen unterdrücken zu wollen durch barbarische Strenge, durch ewiges Reglementieren. Besonders von Übel ist die Vielkommandiererei der Mütter. Nur dann etwas befehlen oder verbieten, wenn es gilt das Kind von etwas zurückzuhalten, was es entweder selbst gefährdet oder die Freiheit anderer verletzt; aber dann konsequent und unerbittlich und nicht heute so und morgen so. Den Gehorsam können wir nicht ganz entbehren, aber er darf nicht Zweck der Erziehung, sondern nur Mittel zum Zweck sein. Wir wollen auch nicht blinden Gehorsam, sondern den freien Gehorsam, der sich unterwirft durch die Einsicht in die Gründe des Befohlenen. Vor allem vermeide man mit Drohungen, mit erdachten Folgen bei der Begründung des Befehls zu wirken. Man sage den Kindern nicht: Tut das nicht, der Schugmann kommt, oder was im Grunde das selbe ist: Der liebe Gott sieht es und straft. Dauerhafter als diese Schugmannmoral ist eine sozial verantwortete Moral, die auf dem alten Worte ruht: Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu. Zur Erziehung des Gehorsams sind Strafen unter Umständen unentbehrlich. Die Strafe muß aber im Verhältnis zu den Vergehen stehen. Ungewollte Vergehen der Kinder müßten milde beurteilt werden. Man lasse die Kinder die Folgen ihrer kleinen Vergehen selbst tragen. Lasse sie die Löcher, die sie eintreiben selber flicken und die Flecke selber reinigen. (Sehr gut!) Es ist überhaupt ein gutes Mittel, die Kinder mit den Folgen ihrer Handlungen zu erziehen. Überaus wichtig ist für die Willenserziehung eine richtige Beschäftigung der Kinder. Durch nur allein gelangt der Mensch zum wahrhaftigen Sein, wie Comenius sagt. Wenn wir auch die Ausbeutung der Kinder durch kapitalistische Lohnarbeit verwerfen, so müssen wir doch unsere Kinder lehren, die Arbeit als Pflicht und Ehre des Menschen zu empfinden. Die Gesellschaftsordnung, die wir erstreben, setzt Menschen mit Arbeitsfreudigkeit, Pflichtgefühl und Ehrgefühl voraus. Daher müssen wir diese Eigenschaften unseren Kindern anerkennen. Ich konnte natürlich in meinem Vortrage nur die Grundlinien einer sozialistischen Erziehung skizzieren. Wenn wirklich sozialistischer Geist in einer Familie herrscht, brauchen wir uns nicht um die sozialistische Erziehung zu sorgen. (Sehr richtig!) Aber es gibt leider Genossen genug, die den Sozialdemokraten ausziehen, sobald sie das Haus betreten und innerhalb ihrer vier Wände die Schlämpe des Willkürs und Kleinbürgers über die Ohren jagen. (Sehr gute Zustimmung.) Wenn es uns ernst ist mit

der sozialistischen Erziehung, so müssen wir bei der Selbst-erziehung den Anfang machen. Der sozialistische Geist muß das tägliche Leben durchdringen. Dann werden wir im proletarischen Heim eine Pflanzstätte geschaffen haben, in der begeisterte Rekruten für unser Freiheitsheer emporkwachsen, junge Kämpfer, die den Kampf, den wir begonnen haben, noch energischer weiter führen, dem Sieg entgegen. (Lebhafte anhaltende Beifall.)  
Nach kurzer Debatte wird einstimmig beschlossen, das Referat der Genossin Dunder in Broschürenform herauszugeben.  
**Soziales und Parteileben.**  
**Eine unerwünschte Wirkung des Kinderschutzes.** Schon vor dem Erlaß des Kinderschutzes äußerten die Freunde eines ausgedehnten Jugendschutzes die Befürchtung, daß die geplanten und dann auch gesetzlich festgelegten Vorschriften über die Beschäftigung eigener Kinder im Dienste dritter Personen eine Abwanderung der erwirtschafteten Kinder aus der Werkstatt des Arbeitgebers in die nicht selten jedenfalls noch weit weniger geeigneten Räume des Elternhauses veranlassen würden. Das scheint nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten denn auch bereits in einem ziemlich umfangreichen Maße der Fall zu sein. Was davon zu halten ist, das spricht die Aufsichtsbeamtin für den Gewerbeaufsichtsbezirk Chemnitz in folgenden durchaus zutreffenden Worten aus: „Bezüglich der Beschäftigung fremder Kinder war vielfach zu beobachten, daß die Arbeitgeber die Kinderarbeit in der eigenen Werkstatt tunlichst einschränken und in Hausarbeit umwandeln, die an Kinder abgegeben wird, eine Erscheinung, die durchaus nicht zu begrüßen ist. Denn wenn die Kinder in der Wohnung ihrer Eltern arbeiten, so dürfen sie nicht nur bedeutend länger beschäftigt werden als beim Arbeitgeber, sondern es findet dadurch eine nicht erwünschte Vermehrung der Kinderarbeit statt, daß in der Regel die jüngeren Geschwister zur Beihilfe herangezogen werden.“ Vielleicht gibt diese Erscheinung, die sich ja keineswegs auf den Bezirk Chemnitz beschränkt, den Anstoß zu der oft geforderten Beschleunigung des Tempos im Ausbau von Bestimmungen zu einer durchgreifenden Eindämmung der Heimarbeit.  
**Schuhmacher-Aussperrung.** In Offenbach sind 120 Arbeiter der Schuhbranche ausgesperrt worden. Geringe Lohnunterschiede führten zu einer Verhandlung zwischen dem Vorsitzenden der Lohnkommission der Schuhmacher und dem Inhaber der Firma Fräunig und Volkin, Frankfurt-Oberstadt. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten wies der Firmeninhaber alle Verständigungsversuche brüsk ab, entließ das Personal und schloß den Betrieb. Die Fabrik ist gesperrt; Zugang ist streng fernzuhalten.  
**Die Arbeitslosigkeit.** In Bielefeld fand am Donnerstag eine von mehr als 900 Arbeitslosen besuchte Versammlung statt, die nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Severing eine Resolution annahm, in welcher der Magistrat der Stadt Bielefeld dringend ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu mindern, insbesondere durch die Vorbereitung und Inangriffnahme von Notstandsarbeiten (Bauten, Straßenanlagen und Verbesserungen) des Beschäftigungslosen Arbeit zu verschaffen. Die Versammlung hält ein Eingreifen der Stadtverwaltung für unumkehrbar geboten, als alle Anzeichen darauf hindeuten, daß eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten durch die Vermehrung der Arbeitslosen aus den in den Baubetrieben beschäftigten Arbeitern eintreten wird. Zurzeit sind in der Metallindustrie allein 1500 Arbeiter arbeitslos bzw. müssen ein bis vier Tage in der Woche feiern. Im ganzen dürften 2000 Personen von der Krille betroffen sein. Eine genaue Zählung wird am Montag, 12. d. M. vorgenommen.  
**Sajenarbeiterausperrung und Gemeindefabrikstreik in Walmö.** Der Streik der städtischen Arbeiter in Walmö hat nun auch eine allgemeine Aussperrung der bei der Stauerei-Aktiengesellschaft angestellten Sajenarbeiter nach sich gezogen. Diese Maßregel ist eine Folge der Aussperrung, die die Kohlenimporteure ihren Arbeitern gegenüber veranstalteten. Die Kohlenfuhrleute weigerten sich bekanntlich, nach dem städtischen Elektrizitätswerk Kohlen zu transportieren, weil sie damit den streikenden Gemeindefabrikarbeitern den Rücken gefallen wären. Ihre Arbeit sollten nun die Sajenarbeiter mit übernehmen, und weil sie dies einmütig ablehnten, wurden sie ebenfalls ausgesperrt. Damit sind nun auch 250 Mitglieder des Transportarbeiterverbandes in den Kampf der Gemeindefabrik hineingezogen worden. Die Schwedische Arbeitgebervereinigung droht mit einer Aussperrung über das ganze Land. In dem Streik der städtischen Arbeiter ist eine Veränderung nicht eingetreten; jedoch hat der Hauptvorstand ihrer Organisation, des Grob- und Fabrikarbeiterverbandes, der bisher die Unterstützung des Streiks ablehnte, nun beschlossen, die Streikenden aus der Verbandskasse zu unterstützen, aber nur unter der Bedingung, daß sie sich von nun an nach den Beschlüssen richten, die die Verbandsleitung für notwendig erachtet. Dadurch, daß die sogenannte „Wohlfahrtskommission“ der Stadt Walmö jede Verhandlung mit den Streikenden rundweg ablehnte, sah sich die Verbandsleitung zur Übernahme des Streiks auf Kosten der Hauptkasse veranlaßt.  
**Polizeiliche Agitation für die Sozialdemokratie.** Die Angriffe der Magdeburger Polizei auf das Reichsvereinsgesetz haben dem Sozialdemokratischen Verein in Magdeburg bis heute einen Mitgliederzuwachs von über sechshundert gebracht. Mit diesem Erfolg der polizeilichen Attacken können die Magdeburger Genossen zufrieden sein. Ob's die Polizei auch ist?

### Aus dem Gerichtssaal.

**Erfolgslose Revisionen.** Das Reichsgericht verwarf die Revision des Bauhilfsarbeiters Bernhard Imhof, der am 8. Juli vom Schwurgericht des Landgerichts I München wegen versuchter Erpressung, begangen an dem Kommerzienrat Ludovic, zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Ferner verwarf das Reichsgericht die Revision der Anna Hamm, die vom Schwurgericht Elberfeld am 11. Juli wegen Beihilfe bei der Ermordung ihres Gemanns in der Nacht zum 16. November 1907 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

### Aus Nah und Fern.

**Eine 13tägige Fahrt im leibbaren Militärballon.** Das Motorluftschiff der Luftschiffer-Abteilung, das Freitagabend kurz nach 10 Uhr seine große Fahrt angetreten hatte, landete Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr nach fast dreizehntägiger Fahrt glücklich auf dem Tegeler Schießplatz. Die Fahrt ging bei gutem Wetter von statten. Das Luftschiff nahm zunächst die Richtung auf Stendal und

würde Sonnabend morgen kurz nach 8 Uhr in Magdeburg gelandet, wo es seine Rückfahrt nach Berlin antrat. Der Erbauer und Lenker des Militär-Luftkreuzers Nr. 1 Major Gros, machte unmittelbar nach der Landung auf dem Tegeler Schießplatz über die Nachfahrt folgende Mitteilung: Wir haben 13 Stunden in der Luft geschwebt, das Luftschiff ist völlig intakt. Es hätte nur einer Nachfüllung von Benzin bedurft und wir hätten sofort zu einer neuen Dauerfahrt aufsteigen können. Der Wind war während der Nacht sehr böig. Er erreichte zuweilen die Stärke von 10 Metern in der Sekunde, sodas das Schiff schwer zu kämpfen hatte. Wir kamen manchmal kaum vorwärts, zwangen aber schließlich doch den Wind. Sie erreichten bedeutende Höhen, stellenweise 1200 Meter. Zwei Hauptleuchte folgten dem Fluge unseres Luftkreuzers in Militärautomobilen.  
**Über den Raubmordversuch eines 17-jährigen Kaufmannslehrlings** teilt der Chemnitzer Polizeibericht mit: In der Nacht zum Freitag verübte der 17-jährige Kaufmannslehrling Hans Löwe aus Klotzsche bei Dresden einen Raubmordversuch gegen die Frau Apotheker Hering. Löwe hatte sich in das Schlafzimmer der Frau eingeschlichen, um Geld zu rauben. Als Frau Hering erwachte, wurde sie von Löwe überfallen und durch etwa 12 Dolchstiche lebensgefährlich verletzt. Löwe wurde verhaftet.  
**Blutiger Arbeiterkampf an der Lauenbahn.** Beim Bau der Lauenbahn ist es zwischen den deutschen, italienischen und kroatischen Arbeitern im Grenzort Kay zu blutigen Ausschreitungen gekommen. 50 Kroaten belagerten ihre Feinde im Wirtshaus und reizten sie durch Steinschleudern zum Hinauskommen. Von einem furchtbaren Steinhaufen empfangen, wurden die Deutschen und Italiener sofort in einer förmlichen Schlacht mit Messern und Revolvern von den Kroaten überfallen. Es fielen ungefähr 50 Revolverkugeln, und 20 Schwerverletzte bedeckten das Schlachtfeld. Die Zahl der Leichtverletzten ist noch größer.  
**„Sie konnten zusammen nicht kommen.“** Nach einer Meldung der „Heidelberger Ztg.“ ist der Tunnelbau bei Forbach auf der neuen Schwarzwaldbahn Weissenbach-Kloster Reichenbach mißglückt. Wie üblich wurden die Tunnelstrecken von beiden Seiten eingeschlagen und vorgetrieben. Die beiden Teilstrecken trafen aber nicht in der Mitte zusammen, sondern ihre Achsen divergierten um acht Meter. Die eine Tunnelhälfte muß neu trassiert und der vorhandene Stollen sorgfältig wieder zugebaut werden, damit er dem Seitendruck der Gebirgsmassen Widerstand leisten kann. Der Schaden der badischen Staatsregierung wird auf 3/4 Millionen Mark berechnet. Die Schuld soll einen italienischen Arbeiter treffen, der aus Rache einen Absteckpfahl verlegt haben soll.  
**Untergang einer Fischerflotte.** Während der letzten großen Stürme an der portugiesischen Küste sind viele Schiffe untergegangen und viele Menschen ertrunken. Man vermißt u. a. eine ganze Flottille von Fischerbooten mit 50 Mann und befürchtet, daß diese vollständig verloren gegangen ist.  
**Explosionskatastrophe.** Ein Madrider Blatt berichtet über den glücklichen Verlauf eines Festes in der Gemeinde Santa Maria de Meda. Ein junger Mann zündete Knallbomben an, welche bei der Explosion in einen Korb fielen, in dem sich noch weitere Brennstoffe befanden. Es erfolgte eine furchtbare Explosion, wobei 14 Personen, die sich in der Nähe befanden, verletzt wurden, darunter fünf lebensgefährlich. Der größte Teil der Opfer besteht aus Kindern, von denen eins bereits kurz nach der Katastrophe verstarb.  
**Ein Opfer der Schundliteratur.** Am Reform-Realschulmännern in E. in der Meterstraße in Hannover erschloß sich während der Schulzeit der dreizehnjährige Schüler Ernst O. der Oberreal-Untertertia. Er war nicht zum Zeichenunterricht gekommen, der im Zeichenaal abgehalten wurde. Während der Zeichenstunde ging er in die Klasse, legte dort seine Bücher ab, zog den Rock aus und schrieb auf einen Zettel: „Ich scheid freiwillig aus dem Leben. Ernst O.“ Darauf nahm er einen Revolver und schoß sich ins Herz, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Nach Lage der Sache muß angenommen werden, daß der Knabe durch übermäßiges Lesen von Abenteuer-Romanen und sonstiger Schundliteratur beeinflusst worden ist.  
**Ein fünfjähriges Kind als Mörder.** Der fünfjährige Sohn des Ziegeleiarbeiters Wock drang in die Wohnung der Arbeiter Bruchmannschen Eheleute, zog das dort schlafende 7/8 Jahre alte Pflegekind aus dem Bette, schleppte es auf den Hof und ertränkte es in einer Regentonne.  
**Schwerer Unfall auf einem Unterseeboot.** Auf dem an der Danziger kaiserlichen Werft liegenden Unterseeboot „U II“ entstand ein schwerer Unfall durch Abspringen von Maschinenteilen. Dem Marinebauingenieur Max Sobel wurde ein Auge ausgerissen, außerdem erlitt er einen schweren Schädelbruch. Sein Zustand ist hoffnungslos.  
**Das Ende des „Königs“.** Nach einer aus Kamerun vorliegenden Mitteilung ist King Bell, der Vater des Prinzen Awa, gestorben.  
**Für die Liste des Reichsverbandes.** Aus Zabrze erfährt eine Berliner Mittagszeitung, daß gestern der katholische Pfarrer Neumann wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen verhaftet wurde. Neumann steht im 70sten Lebensjahre und ist seit 21 Jahren Pfarrer am Ort.  
**Beim Zusammenstoß mit einer Dampfwalze** wurden in Mülhausen ein Elfs sämtliche zehn Insassen eines Straßenbahnwagens verletzt, davon drei schwer; einem Kinde wurde die Nase weggerissen. Das Vorderende des Wagens wurde völlig eingedrückt. Der Führer konnte sich durch rechtzeitiges Abspringen retten.  
**Große Betrügereien.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Newyork: Der Buchhalter Louis Lippmann von der Bankfirma Knaut, Nachod u. Kühne ist wegen Betrügereien in Höhe von 200 000 Dollars verhaftet worden.  
**Elf Tote bei einer Gefängnisrevolte.** In Sinas in Anatolien versuchten 300 Gefangene aus dem Gefängnis auszubrechen. Sie wurden aber durch Soldaten überwältigt, nachdem elf schwere Verbrecher getötet und fünf verwundet wurden.  
**Der Retorikling Orville Wrights.** Wie ein Telegramm aus Washington meldet, machte Orville Wright einen Aufstiege mit seinem Aeroplan, wobei er 62 Minuten 15 Sekunden in der Luft verblieb. Beim Aufstieg waren unter anderen Kriegsfeldretorik Orville Wright sowie Marinefeldretorik Metcalf anwesend. Wright legte bei dem Fluge 38 1/2 englische Meilen zurück. An dem zweiten Aufstieg nahm Leutnant Lahn vom Signalkorps teil, sodas der Aeroplan zwei Personen an Bord hatte, mit denen er in 6 Minuten 5 Meilen zurücklegte.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwigt.  
Verleger: E. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.